

POLITICUM

Die Demokratie in der Krise?



(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

(2) 1. Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. 2. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.

(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Grundgesetz II Der Bund und die Länder, Art. 20

Bundestagswahl und Corona-Pandemie

WAS KOMMT DANACH?

Inhaltsverzeichnis

Politicum im WS 2020/21

1 Titelthema

- S. 6 **„Gebt mir einen Balkon, und ich werde Präsident!“**
Populismus in Ecuador unter Rafael Correa
- S. 8 **#maskup Ghana**
Folgen und Nebenwirkungen der Corona-Pandemie
- S. 14 **Après Corona**
Man wird ja wohl noch träumen dürfen
- S. 20 **Fake News auf Social Media**
Eine Bedrohung für die Bundestagswahl?
- S. 22 **Is America back?**
„America is back“ statt „America first“?
- S. 24 **Truppenabzug am Hindukush**
Die Herausforderungen der Demokratisierung von oben
- S. 28 **Populismus in der Pandemie**
Warum schafft es die AfD nicht von der Corona-Krise zu profitieren?
- S. 30 **Frankreich wählt: Nur wen?**
Das Rennen um den Élysée-Palast ist eröffnet.

Mach mit!

Schreib eine Mail an politicum@fs-sozpol.de, wenn du auch einen Artikel schreiben möchtest,

oder komm zu unseren Fachschaftssitzungen:

Mittwochs (im Semester), **20 Uhr c.t.**, Gr. Übungsraum Lennéstr. 27/auf Zoom, (Link per Anfrage)

Wir freuen uns auf dich!

2 Interview

- S. 26 **OHNE WORTE** mit Prof. Ulrike Guérot
- S. 38 **Interview mit CDU- Politikerin Catarina dos Santos**

3 Kommentar

- | | |
|---|-------|
| Recht und Pflicht zur Meinungsfreiheit | S. 32 |
| Dozierendenkommentar von Dr. Phillip Adorf | S. 34 |
| Dozierendenkommentar von Dr. Manuel Becker | S. 36 |

4 FS SozPol

- S. 5 **Vorwort**
- S. 13 **Du bist die Fachschaft!**
- S. 16 **Forum Beruf**
- S. 40 **Impressum**

Liebe Lesende,

nachdem es in der letzten Ausgabe um Krisen in der Welt ging, haben wir überlegt dieses Semester mal was anderes zu machen. Das hat nicht so gut funktioniert.

Aber stecken wir nicht gerade mitten in einer Krise? Und das auch noch zur Bundestagswahl. Während die Corona-Pandemie seit Anfang des Jahres 2020 das bestimmende Thema zu sein scheint, werden andere überschattet, deutlicher oder kommen noch dazu. Seien es populistische Politiker:innen in Südamerika, die US-Wahl oder das politische Geschehen in Europa, alles scheint auf eine Frage hinauszulaufen: **„Wie geht es unserer Demokratie?“**

Dem geht Dr. Phillip Adorf in seinem Dozierendenkommentar auf den Grund, während Dr. Manuel Becker sich mit dem Prinzip der politischen Partizipation beschäftigt.

Was ist überhaupt unsere Demokratie? Ist das ein kollektiver Gedanke oder etwas persönliches?

Im Jahr 2021, in welchem jede Twitter-Bubble den Anspruch auf die „richtige“ Meinung und die Wahrheit erhebt, sind Fake News und Debattenkultur wichtiger denn je.

Mit dem Ohne Worte Interview heißen wir Prof. Ulrike Guérot an der Universität Bonn willkommen. Sie wird sich hier den

Deutsch-Französischen Studien widmen.

Eine sehr erfolgreiche Veranstaltung in diesem Semester war das „Forum Beruf“, in welchem Absolvent:innen unseres Studienganges von ihrem Werdegang erzählten. Wer die „und was machst du dann damit“ - Frage nicht mehr hören kann, sollte auf Seite 18 vorbeischaun.

Ein ausdrücklicher Dank gilt all denen, die beim Entstehen dieses Politicums geholfen haben - seien es Texte, Fotos oder Ideen.

Wir wünschen euch viel Vergnügen beim Lesen!



DAVID SCHÖNGARTH



LEONIE HERZ



JUDITH REUBER

Liebe Studierende,



wir freuen uns euch hier im Rahmen des Politicums begrüßen zu dürfen. Ein weiteres Corona-Semester geht zu Ende und wir schauen mit fast schon routiniertem digitalem Blick noch einmal zurück. Auch in diesem Semester musste unsere Fachschaftsarbeit wieder digital durchgeführt werden. Traditionell anstehende Veranstaltungen wie das Fußballturnier im Hofgarten, die Sommerparty oder die Fachschaftsexkursion konnten leider wieder nicht stattfinden. Umso mehr freut es uns, dass wir die eine oder andere digitale Veranstaltung realisieren konnten. Dabei stellten einige Fachschaftsmitglieder ihr Moderationstalent unter Beweis, andere wiederum ihre Orga-Skills. Wir möchten uns in diesem Rahmen bei allen bedanken, die sich dieses Semester so tatkräftig an unseren Veranstaltungen beteiligt haben und diese zu etwas

Besonderem gemacht haben. Wie wahrscheinlich die meisten von euch, sind auch wir ein wenig Pandemie-müde geworden. Umso mehr schätzen wir es wert, dass wir uns auf Grund der aktuellen Infektionslage zumindest wieder nach unseren Zoom-Sitzung, getestet und in kleineren Gruppen, im Hofgarten treffen können, um uns bei einem Bierchen über Gott und die Welt auszutauschen. Uns ist bewusst, dass auch dieses Semester wieder viel von euch und uns allen abverlangt hat. Wir hoffen ihr habt noch nicht eure Freude und das Interesse am Studium verloren und ihr könnt die niedrigen Inzidenzen ein wenig dazu nutzen, wieder mehr mit euren Kommiliton*innen in Kontakt zu treten.

In diesem Zusammenhang wollen wir darauf hinweisen, dass wir unsere Sitzungen nach wie vor mittwochs um 20:15 Uhr auf Zoom abhalten und im Anschluss an den organisatorischen Teil noch auf ein Kaltgetränk der Wahl zusammenbleiben und uns über alles Mögliche austauschen. Wenn möglich eben auch in Präsenz. Wir freuen uns immer über neue Gesichter und möchten euch herzlich dazu einladen vorbeizuschauen. Viele aktive Fachschaftsmitglieder

kommen bald in ihr fünftes Semester und werden sich mit der Zeit nicht mehr so intensiv für die Fachschaft engagieren können. Für euch ist das der ideale Zeitpunkt um euch bei der Fachschaft zu engagieren!

Ihr könnt beispielsweise unsere Social-Media Kanäle betreuen, Veranstaltungen (vielleicht auch bald wieder in Präsenz) organisieren, in die Redaktion für das Politicum gehen oder auch einfach nur unverbindlich reinschnuppern um zu gucken was euch gefällt.

Natürlich geben wir weiterhin unser Bestes, um für eure Belange am Institut einzustehen und sind jederzeit für eure Anregungen, Fragen, Kritik und Ideen offen.

Bis dahin wünschen wir euch eine erfolgreiche und nicht allzu stressige Klausurenphase, möglichst entspannte Semesterferien und natürlich viel Spaß beim Lesen dieser Ausgabe des Politicums.

Bleibt Gesund!

Eure Alina &
Eurer Moritz

„Gebt mir einen Balkon, und ich werde Präsident!“

Populismus in Ecuador unter Rafael Correa

von **Edith Peñañiel Brieschke**

Während in Deutschland der politische Einfluss der durch die AFD verkörperten Populist:innen mit ihrer Verbannung in die Opposition noch begrenzt ist, so sind populistische Strömungen in Lateinamerika deutlich stärker. Der niedrigere Bildungsstand der Wähler:innen und die erhöhte extreme Armut führen zu Wünschen nach einer starken Führungsfigur und einem raschen politischen Wechsel. Das im Titel aufgeführte Zitat des ecuadorianischen Präsidenten Velasco Ibarra, der zwischen den 1930er und 1970er Jahren in fünf Perioden Amtsträger war, spiegelt diese Sehnsucht wider.

Populismus – Definition und Symptome

Der Populismus ist ein Phänomen, welches sich nur schwer durch eine spezifische Definition einordnen lässt, da dieser zudem wertgeladen ist und von Parteien zur gegenseitigen Diffamierung verwendet wird. Allerdings ist es möglich zwei wesentliche Verhaltensmuster innerhalb dieser Form der Politik zu er-

kennen. Populistische Parteien haben gemein, dass sie eine fundamentale Elitenkritik äußern: Diese seien korrupt und würden die Bevölkerung betrügen. Die Populist:innen hingegen, seien die demokratischen Retter:innen, die für sich proklamieren den allgemeinen „Volkswillen“ zu vertreten und durchzusetzen. Dadurch können sich folgende Symptome ergeben: sie nutzen binäre Sprachbilder (gut oder böse, richtig oder falsch); ihre Ansprachen sollen die Bevölkerung allgegenwärtig erreichen, wobei die Lösungsansätze auf komplexe Probleme simpel gehalten werden. Die einfache Bevölkerung wird von ihnen zum romantisierten Ideal erhoben, für welches ein systematisch-

politischer Wandel vollzogen werden soll. Sie nutzen eine reißerische und provozierende Sprache, die sich gegen ihre politischen Rival:innen richtet, was zu einer toxischen Polarisierung der Gesellschaft führen kann. Populistische Systeme tendieren dazu (Meinungs-)Pluralität zu liquidieren, womit nur noch die von der eigenen Partei geäußerte Ideologie Bestand haben darf.

Ein Held der Armen?

In Ecuador setzte sich der Ökonom Rafael Correa bei der Präsidentschaftswahl 2006 durch. Dieser versprach seine linksgerichtete Agenda Revolución Ciudadana (Bürgerrevolution) durchzusetzen, deren Ziel es

war, die politischen Eliten auszuräumen und die Armut zu beseitigen. Unter seiner Administration lassen sich einige Erfolge vorweisen: Ausbau- und Verbesserung von Infrastruktur; hohe Investitionen im Bildungs- und Gesundheitssektor; Bekämpfung der Armut, um die wichtigsten zu nennen. Warum wird Correa jedoch beschuldigt während seiner zehnjährigen Amtszeit die Demokratie beschädigt zu haben, obwohl er im Unterschied zu seinen Vorgängern weder vom Volk noch vom Militär gestürzt wurde und das Land scheinbar politisch stabilisiert hatte?

Die Verfassungsänderung

Anfang 2007 schlug Correa ein Referendum vor, um den Weg für eine neue Verfassung zu ebnen, dem sich jedoch die Opposition entgegenstellte. Anhänger von Correa stürmten daraufhin das Parlament, was dazu führte, dass 57 Abgeordnete der Opposition auf Erlass der Wahlbehörde ihr Mandat nicht weiter ausüben durften und eine Mehrheit für den Vorschlag entstehen konnte. Das Verfassungsgericht versuchte diesen Entschluss rückgängig zu machen, woraufhin die Anhänger des neu gewählten Präsidenten dieses besetzten. Das um ein Großteil der Opposition verringerte Parlament entthob schließlich neun Verfassungsrichter ihres Amtes, wodurch

im April 2007 über 80 Prozent der Ecuadorianer für eine neue Konstitution stimmten. Wenig überraschend wurde die neue Verfassung angenommen.

Die Aushöhlung der Demokratie

Die Verfassung trat 2008 in Kraft und verschaffte dem Präsidenten besondere Rechte, indem beispielsweise die einmalige anschließende Wiederwahl des Staatsoberhauptes erlaubt war, von der Correa 2013 mit einem direkten Sieg profitierte. Nur zwei Jahre danach wurde eine Verfassungsänderung vorgenommen, die die unbegrenzte Wiederwahl des Präsidenten ermöglichte. Hinzu kam, dass ausländische Kredite mit der Volksrepublik China aufgenommen wurden, die jedoch zur Folge hatten, dass die Erdölförderung ausgeweitet und nicht einmal in Naturschutzgebieten wie dem Yasuní-Nationalpark Halt gemacht wurde. Einst fühlten sich die indigenen Bevölkerungsgruppen von Correa unterstützt, doch die Entscheidung rechtswidrig in ihr Land einzudringen, verursachte ein starkes Zerwürfnis zwischen ihnen und der Regierung, welches heute noch besteht. Correa begann eine Hetzkampagne gegen ebendiese Gruppen, die fortan neben den politischen Eliten als weitere Zielscheibe benutzt wurden. Ein

weiterer Vorwurf an Correa ist die Medienzensur, da ein Kommunikationsgesetz von 2013 die Inhaftierung von kritischen Journalist:innen ermöglichte, die angeblich die Regierung diffamierten. Dies ist ein deutliches Anzeichen für den Wegfall der Meinungspluralität, da die freie Meinungsäußerung stark eingeschränkt wurde. Die neue Verfassung ermöglichte dem Präsidenten zudem, bis zu 15 Prozent des Haushaltsvolumens abseits vom Haushaltsgesetzes zu verbrauchen. Nach eigenem Ermessen.

Ein gespaltenes Land

Nachdem Correa 2017 seine dritte Amtszeit beendete, überbrückte sein ehemaliger Vizepräsident Lenín Moreno die nächsten vier Jahre bis zur Präsidentschaftswahl 2021 in der Correas Schützling Andrés Arauz kandidierte. Da 2019 ein Haftbefehl gegen Correa wegen Korruptionsvorwürfen erlassen wurde, blieb dieser dem Land zwar physisch fern, doch seine populistischen Ideale spalten die ecuadorianische Bevölkerung bis heute in Correistas, seine Anhänger:innen, und Anti-Correistas. Obwohl sich 2021 der konservative Kandidat Guillermo Lasso gegen Andrés Arauz behaupten konnte, ist eine Widerkehr Correas aufgrund seiner Popularität nicht gänzlich ausgeschlossen.



#maskup Ghana

Folgen und Nebenwirkungen der Corona-Pandemie

Von **Lilian Sekkai**

„Spread the word not the virus“ steht auf einem bunten Plakat mitten in Ghanas Hauptstadt Accra geschrieben. Der Slogan beschreibt die Lage im westafrikanischen Land relativ treffend. Das warme Wetter, die bislang ausbleibende Regensaison und Gott hätten einen schlimmen Verlauf der Corona Pandemie verhindert, heißt es von einigen Ghana:innen. Im öffentlichen

finanziell besser gestellten Personen aufgeklärt scheinen, ist es schwierig ein einheitliches Bild der Situation zu zeichnen, da das Virus im Leben vieler Menschen, die sich täglich um Wasser und Essen sorgen müssen, weniger präsent erscheint.

Die Ruhe nach der Furcht

Mit circa 94.000 offiziellen Corona Infektionen (Stand Juni 2021) ist das Land im globalen Vergleich noch gut weggekommen. Durchschnittlich war damit eine:r je 26.000 Einwohner:innen erkrankt (vgl. Deutschland 1:1.300). In Deutschland gilt Ghana seit Juni 2020 als Risikogebiet. Da

die Ghana:innen durchweg mit Krankheiten wie Malaria oder Typus konfrontiert sind hält sich die Sorge speziell über Covid-19 bei vielen Menschen in Grenzen. Während die Auswir-

kungen der Pandemie im März in Europa noch dafür sorgten, dass die Menschen in Ghana Angst vor einer Erkrankung hatten und medizinisches Personal teilweise stigmatisiert wurde, ist diese Furcht innerhalb der Bevölkerung aufgrund wenig präsenter Fallzahlen mittlerweile abgeklungen. Problematisch seien allerdings die langen Wartezeiten in den Laboren, die dazu führten, dass Menschen einem erhöhten Risiko der Erkrankung ausgesetzt seien, äußert Diana, Pflegekraft im Krankenhaus der Universität in Cape Coast.

Internationaler Tourismus

Die Ghana:innen leiden vor allem unter den vielen Nebenefekten der Corona-Pandemie. Wie überall auf der Welt hat das Virus das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben stark beeinflusst. Was in Deutschland zu Problemen führt ist in Ghana auf einem anderen Level zu erleben. Das Coronavirus erreichte Ghana im März 2020. Da die meisten Tourist:innen europäisch waren, reisten viele ab. Im April 2020 folgte der Lockdown. Danach blieb die Lage schwierig, äußert Madame Cecile, Managerin

eines Guesthouses in der sonst lebendigen Küstenstadt Cape Coast: „we almost closed down again...no guests for the first two months it was horrible“. Auch im Mai 2021 sei die Auslastung der Besucher:innen bei nicht mal 50% merkt sie an. Ghana und sein Tourismus sind stark abhängig von den europäischen Gäst:innen. Wenn die Fallzahlen im globalen Norden hoch sind hat das unabdingliche Effekte auf Ghana.

Öffentliches Leben

Belebte Strände, Tourist:innen, Ghana:innen und ein buntes lautes Miteinander. So konnte die Stadt Cape Coast vor der Pandemie erlebt werden. Vielen Ghana:innen wurde durch die Corona Pandemie ein finanzielles Standbein entrissen, ohne auf die Unterstützung der Regierung hoffen zu können. Im Februar 2021 war Ghana das erste Land, das unter der COVAX Initiative den Impfstoff AstraZeneca bereitgestellt bekam. „The vaccination is going on,“ sagt Madame Cecile, da auch in Ghana nun die zweite Dosis geimpft wird. Dennoch geht das Impfen sehr langsam voran und viele Menschen sind wenig über die Impfungen oder das Virus selbst aufgeklärt. „Those in the villages will say that’s the sickness of the people in the city...others will say it’s the sickness for rich people“, sagt Mr.

Alhaji, Manager eines Schulprojektes in der Nähe von Cape Coast. Obwohl ein zweiter oder dritter Lockdown wie in Deutschland, in Ghana nie angeordnet wurde und viele Regelungen eher dem Zustand des deutschen Sommers 2020 ähneln, ist das gesellschaftliche Leben stark verändert. Die Maskenpflicht, häufige Fiebertests, Abstandsregeln und die Pflicht zum Händewaschen mithilfe

eigens aufgestellter Tonnen und Seife sind die vordergründigen Mittel im Kampf gegen Corona. Schulen und die Universitäten sind abgesehen davon seit Januar weitestgehend im Normalbetrieb. Laut Mr. Alhaji sei es besonders für Kinder aus ärmlichen Verhältnissen gefährlicher nicht zur Schule zu gehen, wie dies von April bis Ende des Jahres 2020 der Fall gewesen sei. Viele Schüler:innen trieben sich dann auf den Straßen umher, wo Hygienemaßnahmen nicht richtig eingehalten würden, während in Schulen dank verschiedener Hygienekonzepte und der Bildung über das Virus mehr Sicherheit gewährleistet werde. Außerdem stellt dies ein großes Problem für die Bildung der Kinder dar, denn einen digi-

talen Unterrichtersatz gibt es nicht. Große Feiern, wie Beerdigungen sind unter verschiedenen Hygieneauflagen ebenfalls seit längerem wieder erlaubt, wobei ein erneuter Lockdown aufgrund der extremen Nebeneffekte laut Mr. Alhaji selbst bei steigenden Fallzahlen unwahrscheinlich erscheint. In Ghana waren während der Pandemie weniger strikte Regelungen aber ebenfalls keinerlei Hilfe der Regierung hinsichtlich der steigenden Armut und Arbeitslosigkeit auf der Agenda. Auch wenn die Corona Pandemie in Ghana anders erlebt wurde als in Deutschland, hoffen die Menschen sehr auf ein baldiges Ende des aktuellen Zustandes.



Raum sowohl draußen als auch drinnen herrscht eine Maskenpflicht. Während sich die Menschen bei offiziellen Anlässen und in amtlichen Gebäuden strikt daran halten und besonders die

Die Demokratie geht unter – mal wieder

Von **Dr. Phillip Adorf**

Bücher, die den Niedergang der Demokratie und Lösungen zur Vermeidung dieses Geschehens vorgeben, haben Hochkonjunktur. Ihre Titel sprechen davon, **„wie Demokratien sterben“**, warnen vor ihrem **„Untergang“**, der drohenden **„Postdemokratie“** oder erkennen, in einer weniger reißerischen Form, eine **„Krise“** der freiheitlichen Ordnung. US-Präsidenten Biden plant gar einen **„Gipfel der Demokratien“** anzuberaumen, der Lösungen für deren interne und externe Bedrohungen finden soll. Wer sich mit dem Zustand der demokratischen Welt befasst, läuft schnell Gefahr in Depressionen zu verfallen.

Doch steht die Demokratie entsprechend verschiedenen Indices alles andere als schlecht dar. Ein Blick über die tagesaktuellen Entwicklungen hinaus beweist, dass wir weiterhin in einem Zeitalter der Demokratien leben. Waren Ende der 1970er Jahre nur 25 Prozent aller Länder Demokratien, so liegt dieser Wert nunmehr bei fast 60 Prozent (DeSilver 2019). Trotz inflationärer Niedergangsbekundungen geben auch die jüngsten Statistiken einen Grund zur Hoffnung: Lebten 2016 laut den Daten des Economist Intelligence Unit 4,5 Prozent aller Menschen in einer **„vollwertigen Demokratie“**, so hatte sich dieser Wert bis 2020 mit nunmehr 8,4 Prozent fast verdoppelt. Angemerkt werden sollte

jedoch, dass der Anteil der in autoritären Staaten lebenden Weltbevölkerung in diesem Zeitraum ebenso anstieg: von 32,7 auf 35,6 Prozent (Economist Intelligence Unit 2021). Um mögliche demokratische Warnsignale zu erkennen, erscheint eine Analyse des internen Zustands der Demokratien wichtiger. Die 2010er waren in vielerlei Hinsicht das Jahrzehnt der Populisten, auch wenn diese zumeist weiterhin auf den Oppositionsbänken Platz nehmen. Die elektoralen Erfolge von Trump, Salvini, der AfD und ihren Schwesterparteien sind alarmierend. Ihre Kritik an einer vermeintlich abgehobenen Elite, die keinen Wert auf die Ansichten des **„einfachen Mannes“** legt, ist zweifelsfrei krude – doch dienen populistische Triumphe an der Wahlurne, die nicht zuletzt auf der Gewinnung ehemaliger Nichtwähler basieren, als Indikatoren, dass ein nicht unbeträchtlicher Teil der Bevölkerung zumindest teilweise das Gefühl besitzt, nur ein geringes demokratisches Mitspracherecht zu besitzen. Darüber hinaus wandern Wähler:innen zu Parteien an den politischen Rändern, da sich in der politischen Mitte eine wachsende Zahl an Akteuren versammelt hat, deren Parteiprogramme zu mindestens in der öffentlichen Wahrnehmung immer weniger voneinander zu unterscheiden sind. Zu dieser demokratischen Unzufriedenheit gesellt sich ein neu-

es Modell des **„illiberalen Staates“**, wie es von Viktor Orbán propagiert und von anderen osteuropäischen Staaten übernommen worden ist. Für Orbán sind die liberalen Werte des Westens ein nicht notwendiges Anhängsel einer demokratischen Ordnung, die auch ohne erstere auskommen – wenn nicht gar erfolgreicher – sein kann. Doch kann eine Demokratie ohne die liberale Komponente Bestand haben? Sprechen wir heute von **„Demokratie“** meinen wir zumeist eben die liberale Variante dieser politischen Ordnung, da sie sich durchgesetzt hat.

Doch muss zwischen den beiden Komponenten differenziert und deren Beziehung zueinander verstanden werden. Die Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe macht Spannungen zwischen Demokratie auf der einen und dem Liberalismus auf der anderen Seite fest, die innerhalb liberaler Demokratien seit jeher bestehen. Der Liberalismus begrenzt den Volkswillen, schützt Individualrechte gegenüber einer potenziellen Tyrannei der Mehrheit, verteilt die Macht auf verschiedene Institutionen, gibt der Judikative das letzte Wort und stellt beispielsweise mit der Vorgabe von qualifizierten Mehrheiten für Verfassungsänderungen sicher, dass die **„Volksherrschaft“** der absoluten Mehrheit des jeweiligen überschaubaren Zeitraums nicht völlig frei agieren kann.

Was haben sie studiert?

Regionalwissenschaften Nordamerika, Politische Wissenschaft und Öffentliches Recht an der Uni Bonn.

Ihr Dissertationsthema?

Die „Eroberung“ der US-amerikanischen Südstaaten durch die Republikanische Partei seit den 1960er Jahren und die diesbezüglichen Folgen für die Zukunft der Partei (2015 abgeschlossen).

Ihre Forschungsschwerpunkte?

Die Relevanz von „Race“ im Kontext der US-Politik, damit verbunden auch die Statussorgen bestimmter weißer Wähler in einer ethnisch vielfältigeren Gesellschaft.

Ihr Lieblingssort in Bonn?

Die Poppelsdorfer Allee – für mich einer der besten Orte zum Verweilen oder auch für sportliche Aktivitäten.

Das Beste am Online Semester?

Der Zwang zur Digitalisierung hat auch Vorteile mit sich gebracht. Studierende können leichter an Seminaren teilnehmen (und für die Dozierenden entfällt auch die Pendelei), neue Formen der Partizipation sind ausprobiert worden. Die Lehren können auch gut für die zukünftige Gestaltung der Seminare angewandt werden, beispielsweise durch die Umsetzung von Hybridformaten.



Doch argumentiert Mouffe ebenso, dass ein mögliches Ungleichgewicht existieren kann: Zu extensive (liberale) Begrenzungen der (demokratischen) Volkssouveränität befeuern populistische Kritik. Spannungen innerhalb demokratischer Systeme, die diese vor beträchtliche Herausforderungen stellen, werden auch in weiteren Varianten von anderen Wissenschaftler:innen festgemacht. So beschrieb die englische Politiktheoretikerin Margaret Canovan die Demokratie als politische Ordnung, die sich aus zwei Komponenten zusammensetzt: einer pragmatischen und einer **„erlösenden“** Seite. Erstere bringt mit sich, dass demokratisch gewählte Akteure nicht vollkommen frei ihre Versprechen umsetzen können. Demokratie ist hierbei ein Geben und Nehmen mit dem Ziel der friedlichen Konfliktlösung, in der sich unterschiedliche Institutionen

einander beschränken. Regierungen befinden sich hierbei in einem politischen Haus, das von ihren Vorgängern über Jahrzehnte, wenn nicht gar Jahrhunderte, geschaffen worden ist. Ein Neubau ist zu kostspielig, Umbauten müssen sich immer am bestehenden Grundriss orientieren. Dazu gesellt sich ein scheinbar immer strafferes Korsett der Globalisierung und Europäisierung. Der Handlungsspielraum nationaler Regierungen hat sich in den letzten Jahrzehnten zusehends eingengt. Diese Faktoren begrenzen somit die zweite, **„erlösende“**, Facette der Demokratie. Denn die Demokratie überträgt den Teilhabenden auch immer das religiös anmutende Versprechen, sie hätten es als Volk im System einer **„Volksherrschaft“** selbst in der Hand, den politischen Kurs eines Landes (mit)zu bestimmen und ihren Teil zum Erreichen

einer besseren Zukunft beizutragen. Doch was passiert, wenn Wahlen nur noch geringen Einfluss auf eben diesen politischen Pfad ausüben oder die Bevölkerung zumindest das Gefühl besitzt, dies sei der Fall? 2012 trat François Hollande mit dem Ziel an, dem Austeritätskurs der EU ein Ende zu setzen. Erreichen konnte er als französischer Präsident jedoch nur wenig. 2015 forderte der damalige griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras ebenso eine grundlegende Kurskorrektur auf europäischer Ebene – auch seine Forderungen liefen ins Leere. Überspitzt gesagt hatten die Wahlausgänge nur wenig Relevanz hinsichtlich der Lösung fundamentaler ökonomischer Fragen in den besagten Ländern. Auch der Brexit muss in diesem Kontext gesehen werden. Das Motto der Brexiteers – **„Take Back Control“** – spiegelte einen Zeitgeist der demo-

kratischen Unzufriedenheit wider, in dem die nationalen Volksrepräsentanten in der allgemeinen Wahrnehmung immer stärker zu administrativen Akteuren relegiert worden sind. Die umzusetzenden Entscheidungen werden auf anderen Ebenen getroffen – unabhängig von der Mitsprache des Souveräns (so zumindest die gängige Interpretation).

Damit befänden wir uns in einer Ära der Postdemokratie, wie sie Colin Crouch popularisiert hat. Auch wenn Crouch selbst davon absieht zu argumentieren, westliche Demokratien hätten bereits einen postdemokratischen Status erreicht, so lautet seine Argumentation, dass wir uns auf dem Weg in diesen befänden. Deswegen Merkmale? Die grundlegenden Dimensionen der demokratischen Ordnung existieren weiterhin: Politische Diskussionen, die freie Meinungsäußerung sowie freie Wahlen sind vorhanden. Doch der Ausgang dieser Wahlen besitzt einen stetig sinkenden Einfluss hinsichtlich der politischen Gestaltung des Landes. Ähnlich beklagt die bereits erwähnte Chantal Mouffe die Ausbreitung des „post-politischen“ partei-übergreifenden Konsens bezüglich der meisten fundamentalen Fragen. Die ideologische Konvergenz zwischen einer Mehrheit der Parteien hat hierbei eine ideologische Beliebigkeit nach sich gebracht. Allianzen über die alten politischen Gräben hinweg mögen für manche als vermeintlicher Garant einer Politik im Interesse

der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung attraktiv erscheinen, doch auch hier stellt sich die bereits eingebrachte Frage hinsichtlich der Konsequenzen von Wahlen. Wenn (fast) jeder mit jedem koalieren kann und politische Ziele sich nur noch in Nuancen voneinander abheben, sind Urnengänge fast belanglos. In der „Postpolitik“ scheint es fast keine

Rolle zu spielen, welche Farbkombination schlussendlich das Zepter übernimmt, da ideologische Überschneidungen und internationale Zwänge in einer Politik resultieren, die sich zumeist gleicht.

In diesem Umfeld überrascht kaum, dass (rechts)populistische selbsternannte „Alternativen“ florieren. Es wäre einfach, diese als simplen Ausdruck von Hass und Ressentiments zu interpretieren – somit kann eine extensive Auseinandersetzung mit der Vielzahl an anderen Gründen hinter dem Aufstieg dieser Parteien vermieden werden. Doch dienen diese Akteure als Warnhinweis bezüglich demokratischer Defizite; laut Populismusforscher Cas Mudde stellen die Populisten eine „illiberale demokratische Reaktion“ auf einen „undemokratischen Liberalismus“ dar. Damit bezieht sich Mudde unter anderem auf das erwähnte Absinken des Einflusses der Wählerschaft sowie elitären Tendenzen, diese Entwicklung durch die Entdemokratisierung bestimmter Entscheidungsprozesse noch weiter zu befeuern. Ein Paradebeispiel ist

hier die Krisenpolitik der EU während der Finanzkrise nach 2009, in der nicht zuletzt die Europäischen Zentralbank – im Interesse ihrer Unabhängigkeit mit nur wenig demokratischen Kontrollmechanismen versehen – in ihrer Kapazität zur Krisenlösung beträchtlich gestärkt wurde.

Statt einer Fokussierung auf den Export des Demokratiemodells, ist eine interne Bestandsaufnahme sinnvoller. Wahrung oder Ausbau demokratischer Partizipation sind Ziele, die langfristig im Sinne von „Leading by Example“ ebenso Rahmenbedingungen für eine demokratische Expansion in autokratische Regionen schaffen. Greift man Canovan auf, so muss die Demokratie auch wieder „erlösender“ (im englischen Original: redemptive) werden – liberale Demokratien können nur gedeihen, wenn sie eben nicht nur aus pragmatischer Politik und einer Verwaltung der bestehenden Ordnung bestehen, sondern Menschen auch den berechtigten Glauben besitzen, durch ihre demokratische Teilhabe den Kurs der Politik mitzubestimmen. Ist Politik zu pragmatisch, finden potenziell demokratiegefährdende Populisten mit ihrer Forderung der Umsetzung eines vermeintlichen „Volkswillens“ verstärkt Zuspruch. Die Antwort auf Forderungen wie „Make America Great Again“ könnte somit „Make Democracy Redemptive Again“ lauten.¹

Du bist die Fachschaft!



Du hast eine Frage, aber weißt nicht, an wen Du Dich wenden kannst?
Du hast Kummer und Sorgen?

Dann wende Dich an uns!

Wir helfen Dir weiter oder wissen von wem Du die nötigen Antworten bekommen kannst. Komm in unsere Sprechstunde, ruf an oder schreib uns eine E-Mail.

Dienstags und Donnerstags (Semester),

12-13 Uhr, Büro Lennéstr. 27

Per E-Mail: sprechstunde@fs-sozpol.de

Mittwochs (in der vorlesungsfreien Zeit)

13-14 Uhr, Büro Lennéstr. 27

Telefon (während der Sprechstundenzeiten): **0228 73 76 77**

Oder möchtest Du vielleicht selbst aktiv werden und mit interessanten Menschen etwas bewegen? Komm in unsere Sitzung und bring Deine Ideen ein.

Mittwochs (im Semester), **20 Uhr c.t.**, Gr. Übungsraum Lennéstr. 27/auf Zoom
(Link auf Anfrage)

Facebook: <https://www.facebook.com/groups/700835050501661/>
und folgt uns gerne auf Instagram: [@fssozpol](https://www.instagram.com/fssozpol)

¹DeSilver, Drew (2019): Despite global concerns about democracy, more than half of countries are democratic. Pew Research Center, <https://www.pewresearch.org/fact-tank/2019/05/14/more-than-half-of-countries-are-democratic/>; Economist Intelligence Unit (2021): Democracy Index 2020: In sickness and in health?, <https://www.eiu.com/n/campaigns/democracy-index-2020/>.

Après-Corona

Man wird ja wohl noch träumen dürfen

Von **Timo Sieg**

Kurze CoronAnekdote! Am 31. Januar 2020 habe ich eine WhatsApp-Gruppe für meine Geburtstagsfeier Ende März erstellt. Eingeladen waren viele mir liebe Menschen, die ich länger nicht gesehen hatte. Ich denke es ist klar, worauf die Story hinausläuft. Die Pandemie kam in Deutschland an, erste Großveranstaltungen wurden im März abgesagt. Am 15. März schrieb ich also in all meiner Unwissenheit in die Gruppe: „Ich sehe Stand jetzt keinen Anlass, die Feier abzusagen. Es werden ja keine Fremden und nur um die 20 Leute da sein.“ Zu meiner Ehrenrettung, ich habe auch gesagt, dass das Ganze sich relativ schnell entwickelt und ich mich nochmal melden werde. Es fiel mir zwar schwer, aber schon am 18. März kam dann das Update: „Ich wollte noch eigentlich noch bis zum Wochenende abwarten, wahrscheinlich nur um mir ein bisschen Resthoffnung zu bewahren. Aber natürlich findet die Party erstmal nicht statt, alles andere wäre aktuell unverantwortlich.“ Ich schlug vor, man könnte ja gegen Ende April einen

Termin zum Nachfeiern anpeilen – Brüller. Meine bis heute letzte Amtshandlung in der Gruppe war es, den Namen auf ‚Après-Corona-Party‘ zu ändern. Voilà, damit ist der Bogen geschlagen. Es gab medial immer wieder Vorhersagen über langfristige Effekte der Pandemie, von der Home-Office-Revolution bis zu einem neuen Bewusstsein für globale Krisen insgesamt. Das Virus wird voraussichtlich endemisch und Teil unseres Lebens, der Klarheit halber beginnt ‚Nach Corona‘ daher ab dem Zeitpunkt, an dem keine neue Welle zu erwarten ist und die letzte Maßnahme fällt. Sei es die Maskenpflicht beim Einkaufen oder die Abstandsregel bei Großveranstaltungen. Wie könnte unsere Gesellschaft auf das Ende der Pandemie reagieren? Drei Szenarien für die Zeit nach Corona ohne Anspruch auf Vollständigkeit oder Realismus.

Goldene Zwanziger 2.0

So wie nach dem Ersten Weltkrieg und der Hyperinflation könnte das Ende der Pandemie

eine Zeit des ausgelassenen Lebensgefühls einläuten. Wer vorher nie gerne ins Museum, Theater oder auf ein Konzert ging, entdeckt vielleicht ein neues Hobby für sich, schlicht weil es wieder erlaubt ist. Wenn Bo Burnham oder K.I.Z. schon in sozialer Isolation kreativ aufblühen, wozu sind Künstler:innen dann wohl in der Lage, wenn alle Quarantäne-Ketten fallen? Vielen aus der oft übersehenen U30-Generation könnten zudem einige Monate langer Nächte in Clubs, Kneipen und dem Hofgarten bevorstehen. Kramt schon mal Flunky-Bälle, das Tanzbein und Aspirin raus. Oder bleibt einfach auf der Couch, nicht weil ihr müsst, sondern weil ihr könnt. Bis zur weltweiten Wirtschaftskrise wird die historische Parallele dann hoffentlich nicht gehen. Doch so schön die Vorstellung bis dahin klingen mag – es könnte gefährlich sein, wenn in Großstädten diejenigen eine Hochphase des Lebensgefühls ausrufen, die es sich leisten können, während Menschen auf dem Land oder in prekären Bedingungen auf der Strecke bleiben.

Das wäre nämlich kein neuer Zeitabschnitt, sondern business as usual.

Systemwandel

Wer zu Beginn der Pandemie auf das Ende des Kapitalismus hoffte wurde wohl von Debatten darüber, ob man wirtschaftliche Schäden für die Leben älterer Menschen hinnehmen sollte, genauso enttäuscht, wie überzeugte Humanist:innen beim Anblick des Erfolgs von ‚Querdenken‘. Trotzdem bewegt sich etwas. Im Mai kündigte US-Präsident Biden seine Unterstützung für den Vorschlag an, Patente für Covid-Impfstoffe global auszusetzen. Sicher, dahinter steckte viel innenpolitisches Kalkül und Sorgen um das internationale Image nach einem egoistischen Kurs des Impfnationalismus und die EU hat dem Ganzen eine klare Absage erteilt. Aber wie wahrscheinlich wäre es vor der Pandemie gewesen, dass sich ein US-Präsident öffentlich gegen das Patentrecht positioniert, welches die Gewinne riesiger Pharmaunternehmen sichert? Diese Zahnpasta ist für immer aus der Tube. Ein weiteres Beispiel ist die Einigung der G7 zur globalen Besteuerung großer Konzerne im Juni. Ein kleiner Schritt, der wohl vor allem denjenigen nicht reichen wird, die das System komplett ersetzen wollen. Trotzdem wurde

ein grundlegendes Problem des heutigen Kapitalismus angegangen. Was wäre also, wenn dieser global zwar nicht abgeschafft, aber seine Schwächen endlich signifikant adressiert werden?

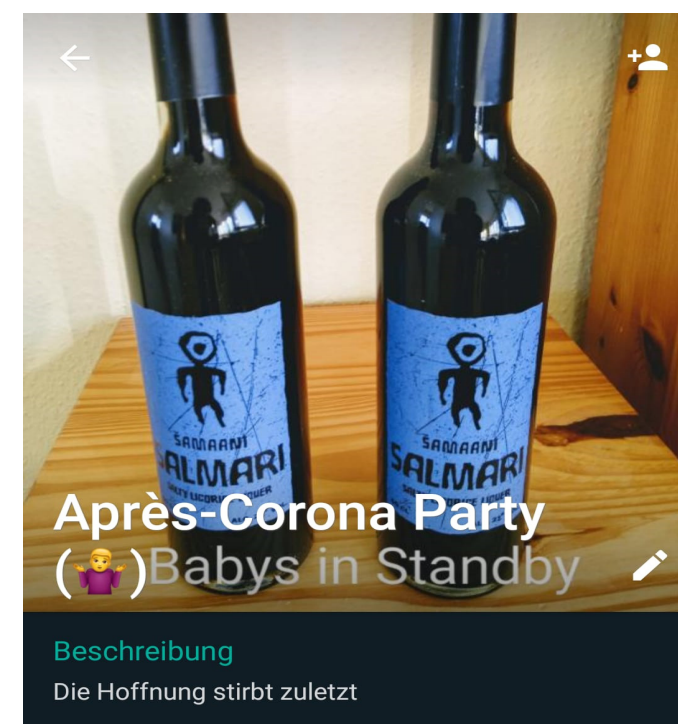
Pünktliche Politisierung

Mindestens seit der Wende hatte Politik in Deutschland nicht mehr einen so massiven, direkten Einfluss auf das Leben der Bürger:innen. Das führt unweigerlich auch dazu, dass politische Entscheidungen intensiver hinterfragt werden – eine Veränderung, die sich langfristig auf die Bevölkerung auswirken kann. Außerdem könnte die Pandemie bei vielen Leuten ein neues Empathiegefühl für ihre Mitmenschen und Gruppen ausgelöst haben, deren Probleme sie vorher womöglich nicht wahrgenommen haben. Es wäre nicht nur wünschenswert, sondern auch wundervolles Timing zur Bundestagswahl 2021.

Natürlich könnten die unzähligen MPK-Runden und Diskussionen um Beherrbergungsverbote auch viel Frust und Resignation ausgelöst haben.

Vielleicht werden viele Politik erstmal Politik sein lassen wollen. Um die Deutsche Einheit stieg das politische Interesse jedenfalls stark und blieb trotz Stagnation in Westdeutschland über dem Level der 80er. Ob sich nach der Pandemie ein ähnlicher Effekt zeigt, bleibt abzuwarten. Zahlen des Politbarometers weisen zumindest darauf hin, dass die Klimakrise in den letzten Monaten von mehr Deutschen als das wichtigste Problem im Land identifiziert wird.

Egal, wie viel von diesen Fantasien in der Realität übrig bleibt, eine gute Nachricht gibt es zum Abschluss – Wir alle können entscheiden, wie wir unser eigenes Verhalten nach der Pandemie ändern wollen.



Forum Beruf

Dieses Semester haben wir ein Webinar organisiert in welchem Absolvent:innen unseres Studienganges von ihrem Werdegang erzählten,

Von **Diana Demisai und Anna-Lena Kramer**

“Und was macht man dann später damit?” Diese Frage wurde sicherlich den meisten von uns schon einmal gestellt oder ihr habt euch selbst gefragt, was ihr mit diesem Abschluss in Politik und Gesellschaft anfangen könnt. Zum Glück gibt es Personen, die diese Frage bereits für sich beantworten konnten: Am 06. Mai 2021 fand nach ein-

jähriger Corona-Pause wieder das “Forum Beruf” statt. Vor einem digitalen Publikum von über 120 Studierenden stellten fünf Absolvent*innen unseres Instituts ihre Entwicklung nach dem Studium und ihren aktuellen Werdegang vor.

Die Teilnehmenden sind in unterschiedlichen Berufsfeldern

tätig und konnten mit langjähriger Erfahrung Fragen zu Studienverlauf, Berufseinstieg und Bewerbungen beantworten. Für den Fall, dass ihr die Veranstaltung verpasst habt, oder einfach nur eure Erinnerungen auffrischen möchtet, haben wir die wichtigsten und interessantesten Ergebnisse für euch festgehalten.

Christian Klatt



Büroleiter Auslandsbüro Mali FES

Bildquelle: privat

Als Büroleiter bei der Friedrich-Ebert-Stiftung ist Christian für das Auslandsbüro in Mali zuständig. Er absolvierte seinen Bachelor in Politikwissenschaften in Rostock, anschließend dann seinen Master 2013-2016 in Bonn. Außerdem nutzte er die Möglichkeit des Direktaustauschs für ein Auslandssemester in Ottawa, Kanada. Durch ein Praktikum machte er mit der Friedrich-Ebert-Stiftung erste Bekanntschaft und konnte im Anschluss über eine Elternzeitvertretung dort seine erste feste Stelle antreten. Die Arbeit als Büroleiter im Ausland verlangt vollen Einsatz und bringt so manche überraschende Herausforderung mit sich. Christian schätzt aber die zeitlich begrenzte Arbeit im Ausland und die Möglichkeit, mit der FES später auch wieder in Deutschland arbeiten zu können.

“Um für eine politische Stiftung zu arbeiten, brauchst Du nicht unbedingt ein Parteibuch, Du solltest Dich aber für das Leitbild der Stiftung interessieren und Dich damit grundsätzlich identifizieren können.”

Dr. Isabel Kane



Referentin für Öffentlichkeitsarbeit, BMZ

Bildquelle: privat

Während seines Bachelorstudiums in Politik und Gesellschaft konnte Daniel bereits Auslandserfahrung im Erasmus-Semester in Kopenhagen sammeln. Nach dem Abschluss 2012 ging er mit Kulturweit ein halbes Jahr nach Kenia und entschloss sich dazu, seinen Master of Public Health in Paris zu absolvieren. Weil das Fach Public Health in Deutschland nicht so verbreitet war und das Leben im Ausland ihm gut gefiel, zog es Daniel schließlich zur New York University, wo er an der School of Global Public Health an seinem PhD in Epidemiology arbeitet.

“Nutzt das Studium, um euch unterschiedlichste Bereiche anzuschauen. Ich habe meinen Bachelor mit Fokus auf Internationale Beziehungen und Angst vor Mathe angefangen und habe schließlich mit Public Health einen Bereich gefunden, in dem ich mit quantitativer Forschung eine empirische Basis für politische Entscheidungen bieten kann.”

Isabel arbeitet für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Ihren Magister absolvierte sie in Bonn. Nach Praktika in Brüssel und bei NGOs begeisterte sie besonders ein Praktikum in einem Abgeordnetenbüro im Bundestag. Durch ständiges Netzwerken und initiative Bewerbungen konnte sie dort schließlich eine feste Stelle antreten. Ihre Promotion machte Isabel dann während ihrer 10-jährigen Arbeit im Bundestag. Nach ihrer Tätigkeit im Bundestag arbeitet sie heute im Referat für Öffentlichkeitsarbeit im BMZ und unterstützt die Kommunikation der großen Themen, wie zum Beispiel dem Klimawandel, der Pandemie oder Migration.

“An eine Stelle im Bundestag kommt man nicht nur über Parteimitgliedschaft und klassisches Vitamin B. Traut euch, Abgeordnete aus eurem Heimatort anzusprechen oder versucht, über eure Forschungsthemen im Studium zu überzeugen. Mit Initiative und Offenheit könnt ihr euer eigenes Netzwerk schaffen.”

Daniel Hagen



PhD Candidate NYU School of Global Public Health

Bildquelle: privat

Mauricia von Siegler



Sachbearbeiterin Staatskanzlei NRW

Bildquelle: privat

Mauricia studierte ebenfalls Politik und Gesellschaft in Bonn, hatte davor jedoch schon eine Ausbildung bei der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ GmbH) gemacht. Sie hat es bisher geschafft mit viel Praxiserfahrung aus Ausbildung und Praktika auch ohne einen Master in der Berufswelt Fuß zu fassen und ist nun als Sachbearbeiterin der Politischen Planung der Staatskanzlei des Landes NRW im Referat P 3 “gesellschaftliche und ökonomische Grundsatzfragen” tätig. Dort fördert sie den interdisziplinären Austausch zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren mit Wissenschaft und Verwaltung und beobachtet und analysiert gesellschaftliche Trends und Entwicklungen im Land. Sie möchte nach 2,5 Jahren im Beruf jetzt noch einen Master in Verwaltungswissenschaft anschließen, um sich in dem Bereich zu spezialisieren.

“In der Staatskanzlei wird das Regierungshandeln des Landes beobachtet und die Einhaltung des Koalitionsvertrags gesteuert. Der Berufseinstieg ist auf jeden Fall auch nach dem Bachelorabschluss möglich. Für die höhere Laufbahn ist ein Masterabschluss unabdingbar. So wie ich kannst Du Dich später noch für einen spezialisierten Master entscheiden.”

Julia von Cube absolvierte ihren Bachelor Politik und Gesellschaft in Bonn. Sie konnte Auslandsstudien in Paris an der Sciences Po und später in Harvard absolvieren. Julia hat verschiedene Praktika unter anderem beim ZDF und 1LIVE gemacht, sie war als freie Mitarbeiterin für den WDR tätig und schrieb auch für das Politicum. Heute kennt man sie als Reporterin der Tagesschau/Tagesthemen und als Redaktionsleiterin bei reporter, einem funk-Format des WDR. Im Jahr 2013-2014 absolvierte sie ihr Programmvolontariat beim WDR.

“Im Journalismus zählt Erfahrung sehr viel. Fangt klein an mit Praktika, Nebenjobs oder freier Mitarbeit bei lokalen Medien. Vieles, was ihr dort produziert, kann später eine gute Arbeitsprobe sein und ihr sammelt wertvolle Kontakte z.B. für ein Volontariat.”

Julia von Cube



CvD/Reporterin und Redaktionsleiterin

Bildquelle: privat

Tipps der Absolvent:innen

NUMMER EINS Noten im Studium sind nicht ganz unwichtig: Im Beruf selber verlieren sie zwar an Relevanz, bieten jedoch erhöhte Einstellungschancen - beispielsweise für ein Volontariat oder in der Staatskanzlei NRW. Es ist wichtig, dass man seine Motivation und seinen Ehrgeiz unter Beweis stellen kann.

NUMMER ZWEI Sich im Master zu spezialisieren kann dabei helfen, sich gegen andere Sozial- und Politikwissenschaftler*innen durchzusetzen. Bei vielen Stellen sind jedoch Allrounder gefragt, und Flexibilität wird insgesamt gerne gesehen. Falls sich im Verlauf des Studiums jedoch ein Thema als besonders interessant herausstellt, sollte man in Erwägung ziehen, sich zu spezialisieren. Den eigenen Schwerpunkten mit vielen weiteren Themen verknüpfen zu können und an Neuem interessiert zu bleiben ist jedoch wichtig.

NUMMER DREI Ehrenamtliches Engagement wird immer gerne gesehen. Wenn Du Dich lange für eine Sache engagierst, zeigt das Deine Passion für ein Thema und beweist Durchhaltevermögen.

NUMMER VIER Unsere Absolvent*innen waren sich einig: Der Übergang von der Uni in den Berufsalltag war kein klarer Schnitt, sondern hat sich über kleine Schritte, Praktika, Ausprobieren und ganz viele verschiedene Bewerbungen ergeben. Häufig findet sich der Einstieg auch auf einer niedrigeren Ebene und gibt die Möglichkeit, sich weiter hochzuarbeiten. Lasst euch nicht von Bewerbungsverfahren entmutigen, die im Sande verlaufen, sondern bleibt aktiv und bewirbt euch auch initiativ bei Menschen in eurem Netzwerk aus Nebenjob oder Praktikum.

NUMMER FÜNF Auch Nebenjobs im Studium können Dir beim Netzwerken und beim Sammeln von Berufserfahrung helfen. Im Bereich Journalismus lassen sich hier beispielsweise auch viele Arbeitsproben erstellen. Verlässlichkeit, Fleiß und Ausdauer lassen sich in vielen Berufsfeldern unter Beweis stellen. Ebenso wie in Praktika kannst Du hier auch Themenbereiche ausschließen, die Dich doch nicht so sehr interessieren, wie gedacht.

Alle unsere Referent:innen haben angeboten, euch sehr gerne bei konkreten Nachfragen weiterzuhelfen. Meldet euch einfach unter politische-bildung@fs-sozpol.de und wir stellen gerne einen Kontakt her. Traut euch ruhig und nutzt die Chance euch mit Alumnae und Alumni unseres Instituts zu vernetzen.

Weitere Tipps zum Berufseinstieg, verschiedene Workshops und die “Forum Beruf”-Veranstaltungen anderer Studiengänge findet ihr auch beim Career Center der Uni und der zentralen Studienberatung.

Fake News auf Social Media

Eine Bedrohung für die Bundestagswahl?

Von **Antonia Knop**

Das Problem ist zwar nicht neu, doch seit einigen Jahren erhält es verstärkt Aufmerksamkeit: Fake News. Durch die sozialen Netzwerke lassen sich vermeintliche Fakten blitzschnell verbreiten. Ein bekanntes Beispiel hierfür ist Donald Trump. Mittlerweile hat sich Twitter gezwungen gefühlt, das Konto des Ex-Präsidenten der USA zu sperren. Nach der verlorenen Wahl twitterte er zwischenzeitlich Beiträge, die laut Recherchen der Tagesschau zu fast 66% mit Warnhinweisen versehen werden mussten, da sie irreführend oder schlichtweg falsch waren. Aber was machen diese Meldungen aus, wie kann man Fake News erkennen und wie groß ist die Gefahr, dass sie die Bundestagswahl im September beeinflussen können?

Ein altbekanntes Phänomen

Der Begriff Fake News wurde 2017 in den deutschen Rechtsschreibduden aufgenommen. Diese bezeichnen sie Falschmeldungen, die mit manipulativer Absicht in Medien, vorzugsweise im Internet und auf den sozialen Netzwerken verbreitet wer-

den. Allerdings sind Fake News nicht erst seit dem Aufkommen des Internets bekannt. So alt die Nachrichtenverbreitung von Menschen ist, so alt sind wohl auch Fake News selbst. Das Interessante dabei ist, dass sie sehr häufig Minderheiten diskreditieren und nicht selten politisch instrumentalisiert werden. Ursprünge einer Falschmeldung, die Jahrhunderte für den europäischen Antisemitismus dienlich sein sollte, finden sich bereits im Mittelalter: Angeblich sollen 1475 Juden und Jüdinnen in Trient ein zweijähriges Kind getötet haben, nur um am Pessach-Fest dessen Blut zu trinken. Die Legende der Ritualmorde überdauert bis heute in antisemitischen Kreisen. Allerdings ist das Fake-News-Problem vor allem in den letzten Jahren stärker geworden: Fake News können so einfach wie noch nie viral gehen und dabei die Meinung von Menschen gezielt beeinflussen. Die Corona-Pandemie war dabei auch ein gefundenes Fressen für viele Verschwörungstheoretiker, die bis heute Falschmeldungen über den Ausbruch des Virus, Impfungen oder die politischen

Corona-Maßnahmen verbreiten. Der Umgang mit Fake News Mittlerweile erkennen die Plattformen ihre Rolle bei der Verbreitung von Fake News an. So zog 2017 Facebook das Fazit, dass gezielte Fake-News-Kampagnen versucht hätten, den US-Präsidentschaftswahlkampf 2015/16 oder auch die Wahl in Frankreich 2017 zu beeinflussen. Auf sozialen Netzwerken interessiert sich kaum jemand für wissenschaftliche Quellen und so kann erstmal jeder behaupten, was er möchte. Nur in wenigen Fällen und auf ausgewählten Plattformen werden Fake News mit einem besonderen Warnhinweis versehen. Die Sperrung von Donald Trumps Twitter-Account ist und bleibt ein Präzedenzfall. Und wer erst einmal seine Aufmerksamkeit Verschwörungstheorien und Fake News gewidmet hat, droht in seine eigene Welt fern ab von wissenschaftlicher Seriosität abzudriften. Durch die Algorithmen von Social Media werden Nutzern die Informationen angezeigt, die der Algorithmus für sie als interessant wertet. Das kann dazu führen, dass der Nutzer nur noch in

seiner eigenen Filterblase lebt und keine Beiträge mehr sieht, die andere Meinungen vertreten.

Wie man sich selbst schützen kann

Aber wie erkennt man Fake News? Als erstes sollte die Quelle des Beitrags überprüft werden. Ist überhaupt eine Quelle vorhanden? Anonyme Insider, zwielichtige Websites oder vermeintliche Experten bilden keine wissenschaftliche Grundlage. Daraufhin muss auch der Inhalt des Beitrags kontrolliert werden und vermeintliche Daten, Zahlen und Fakten auf offiziellen, seriösen Websites kontrolliert werden. Falls ein Beitrag Bilder enthält, sollten auch diese auf Manipulation getestet werden. So kann über eine Bildersuche geklärt werden, ob diese zuvor in einem anderen Zusammenhang gebraucht wurden. Zu guter Letzt ist es wichtig, vermeintlich sensationelle und aufsehenerregende Meldungen auf Social Media zu hinterfragen.

Ausgang der Bundestagswahl 2021: Manipuliert von Bots?

Bleibt noch der Ausblick auf die Bundestagswahl im

September. Sogenannte Social Bots sind (halb-)automatische Fake-Accounts, die darauf programmiert sind, massenhaft bestimmte Nachrichten zu verbreiten. Damit können sie auch politische Fake News streuen. Die FDP warnt beispielsweise vor möglichen Manipulationsversuchen seitens Russlands und Chinas, die versuchen könnten, durch Bots den Ausgang der Wahl zu beeinflussen. Mit den Falschmeldungen wird häufig versucht, das Vertrauen der Bürger in ihren Staat massiv zu verunsichern und somit die politische Situation im Land zu destabilisieren. Wie groß die Gefahr und die Beeinflussung von Social Bots wirklich ist, lässt sich schlecht beurteilen. Allerdings müssen Politik, Plattformen und die Bürger auf mögliche Fake-News-Attacken vorbereitet sein, um eine demokratische Wahl zu

gewährleisten.

Eine gesetzliche Grundlage schaffen

Die Gefahr, die von Fake News auf Social Media ausgeht, ist nicht zu unterschätzen. Es ist wichtig, die Kompetenz der Bürger zu stärken, Fake News von tatsächlichen Fakten zu unterscheiden. Schon Kinder und Jugendliche sollten lernen, Beiträge auf Social Media richtig einordnen zu können. Gleichzeitig muss aber auch eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden, damit der Umgang mit Fake News nicht den AGBs der Plattformen überlassen wird.



Is America back?

Das Versprechen des US-Präsidenten, dass von nun an nicht mehr Trump'scher Protektionismus, sondern "America is back" gelte, weckt international und vor allem in Europa, viele Hoffnungen. Fraglich ist ob das Credo "America first" das Weiße Haus mit der Abwahl von Donald Trump tatsächlich verlassen hat.

Von **Leonie Herz**

Während die deutsche Presse-landschaft und die Bevölkerung sich in ihrer Ablehnung von Trump recht einig schien und auch nicht davor zurückschreckte diese Ablehnung kund zu tun, bemühte sich die deutsche Politik in diplomatischer Zurückhaltung gegenüber Trump.

Sobald es sicher war, dass der nächste amerikanische Präsident Joe Biden und nicht erneut Donald Trump heißen würde, war es jedoch selbst auf höchster Regierungsebene mit dieser Zurückhaltung vorbei: Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) gab im Tagesthemen-Interview wenige Tage nach der Wahl zu, dass er erleichtert sei, dass Biden der Wahlsieg geglückt sei. Offen ließ er, ob der Grund für die Erleichterung vor allem der Sieg Bidens oder aber die Niederlage Trumps ist. Im Interview mit Bild-Live sprach er am 20. Januar dann doch aus, was vermutlich viele dachten: „Ich bin auch froh, dass er weg ist“ und meinte damit Donald Trump. Dieser

hatte während seiner Amtszeit nicht der EU nicht nur mit Strafzöllen das Leben schwer gemacht, sondern sie auch auf eine Stufe mit China und Russland als größte Gegner der USA gestellt. Zudem hatte war er aus dem Pariser Klimaabkommen und dem Atomabkommen mit dem Iran ausgestiegen und hatte damit dem Multilateralismus schweren Schaden zugefügt.

Die neue transatlantische Euphorie, die sich seit der Präsidentschaftswahl vergangenen November in weiten Teilen der deutschen Politik breitzumachen scheint, fußt jedoch nicht nur auf der Erleichterung, dass Trump abgewählt wurde, sondern vor allem auf dem bekennenden Transatlantiker Joe Biden.

Er verkündete in klarer Abgrenzung von Trumps „America first“-Politik: „America ist back“! Doch kann und will Biden dieses Versprechen wirklich einlösen? Und vor allem: Was genau be-

deutet das?

Zurück am Verhandlungstisch

Klar ist, dass die Biden Administration multilaterale Töne anschlägt und klare Ambitionen zeigt, wieder eine führende Rolle in der Weltpolitik zu spielen. Bidens Ankündigung, die USA werde wieder dem Pariser Klimaabkommen beitreten, hat er bereits eingelöst. Dass eine der ersten Auslandsreisen des US-Präsidenten nach Europa führt, während bei Trump das erste Ziel Saudi-Arabien hieß, zeigt zudem, dass die neue US-Regierung die Feindseligkeit mit der EU beenden will und eindeutig andere Prioritäten setzt als die Vorgängerregierung. Insbesondere in Bezug auf das deutsch-amerikanische Verhältnis scheinen US-Außenminister Anthony Blinken und Bundesaußenminister Heiko Maas bei einem Treffen in Berlin um einen Neuanfang bemüht.

Zudem kann es wohl als Zeichen

guten Willens von Seiten des neuen US-Präsidenten gesehen werden, dass Biden vorerst darauf verzichtet Nordstream 2 mit weiteren Sanktionen zu belegen und trotz zahlreicher gerade auch sicherheitspolitischer Probleme, die die Pipeline vor allem der Ukraine bereiten könnte, ein Ende von Nordstream 2 so kurz vor der Fertigstellung für nicht sinnvoll hält. Dieses Entgegenkommen dürfte einige überrascht haben. Dauerhaft aufgelöst erscheint das Konfliktpotential von Nordstream 2 für die deutsch-amerikanischen Beziehungen jedoch nicht. Kritik an dem Verzicht auf Sanktionen kommen zudem nicht nur aus den Reihen der Republikaner, sondern auch von Bidens Demokraten, da viele einen zu starken Einfluss Russlands auf die europäische Energiesicherheit fürchten.

„America is back“ heißt trotzdem: „America first“

Zudem zeigt sich, dass trotz der Rückkehr der USA auf die internationale Bühne, zahlreiche Schwierigkeiten bleiben, die sich nicht durch die Abwahl Trumps auflösen werden. Gerade die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass der von Trump zelebrierte Protektionismus und nationale Egoismus von Biden teilweise übernommen wird. So hat auch Biden vorerst am rigorosen Ex-

portstopp von Impfstoff festgehalten und das zu einer Zeit, in der dieser im von Corona hart getroffenen Europa dringend gebraucht wurde. Auch die meisten von seinem Vorgänger in Kraft gesetzten Strafzölle hat Biden bisher kaum zurückgenommen. Stattdessen ist auch Bidens Politik darauf ausgerichtet amerikanische Arbeitsplätze zu erhalten und den Absatz amerikanischer Produkte voranzutreiben. Bidens Slogan „Buy America“ atmet den Geist von Trumps „America First“ und damit von protektionistischer und nicht multilateraler Politik.

Viele Erwartungen, wenig Zeit

Bezogen auf Bidens umfangreiche innenpolitische Pläne, die unter anderem massive Investitionen in den Wiederaufbau der Wirtschaft, Infrastrukturvorhaben und Sozialstaatsreformen umfassen, ist außerdem fraglich wie nachhaltig diese letztlich sein werden. Von Beginn an war absehbar, dass Biden zur Umsetzung seiner Pläne möglicherweise nicht viel Zeit hat, denn



bereits Ende 2022 könnten dem US-Präsidenten dazu die erforderlichen Mehrheiten fehlen. Bei den Midterm-Elections wird das gesamte Repräsentanten-Haus neugewählt, sowie etwa ein Drittel der Sitze im Senat. Sollte den Demokraten die knappe Mehrheit in einer oder möglicherweise sogar in beiden Kammern verloren gehen, wäre Bidens weitere Handlungsfähigkeit womöglich massiv eingeschränkt. Klar ist, dass die Erwartungen an Biden sowohl innenpolitisch als auch international immens sind. Klar ist auch, dass dem US-Präsidenten womöglich nicht mehr viel Zeit bleibt diese zu erfüllen. Unklar ist, wie die USA sich positionieren wird, falls der nächste US-Präsident nicht mehr Joe Biden heißen wird.

Truppenabzug am Hindukusch – Mission completed?

Die Herausforderungen der Demokratisierung von oben

Von **Selina Engelberth**

Am 12. September dieses Jahres jährt sich die UN-Resolution 1368, die Stellungnahme des UN-Sicherheitsrates zu den verheerenden Terroranschlägen am 11. September 2001, zum 20. Mal. Darauf folgend waren unter der Schirmherrschaft der USA auch Bundeswehrsoldat:innen in Afghanistan stationiert. Doch was hat sich seitdem verändert?

Der 11. September 2001

In den neunziger Jahren erstarkte die islamistische Terrororganisation al-Qaida in Afghanistan. Unter der Führung Osama Bin Ladens zog sie in den „Heiligen Krieg“. Dabei verlagerte sich der blutige Kampf um Macht gegen das USA-freundliche Regime in Ägypten auf das Staatsgebiet der Vereinigten Staaten. Die Taliban-Regierung in Afghanistan bot al-Qaida dabei einen safe haven, um sich koordinieren und strategisch vorbereiten zu können.

Krieg gegen den Terrorismus

Am 12.09.2001 bekundete der UN-Sicherheitsrat in der Re-

solution 1368, er „verurteilt unmissverständlich mit allem Nachdruck die grauenhaften Terroranschläge [...] und betrachtet diese Handlungen [...] als Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit“. Er gestand den USA das Recht auf Selbstverteidigung zu, was den NATO-Bündnisfall inkorporierte. Am 07.10.2001 begann die Offensive des Militärbündnisses. Ende des Jahres stießen auch Einsatzkräfte der Bundeswehr im Rahmen der ISAF-Mission (International Security Assistance Force der UN) hinzu. Bereits im nächsten Jahr wurde eine Übergangsregierung unter Hamid Karzei eingesetzt. 2004 fanden die ersten Präsidentschaftswahlen statt, aus denen er als Wahlsieger hervorging.

Demokratisierung

Mit der Installation einer demokratischen Regierung und dem Aufbau entsprechender Institutionen erhoffte sich die internationale Allianz, einen langfristigen Frieden sichern zu können. Ein stabiler Staat sollte die Aktivitäten terroristischer Gruppierungen unterdrücken

und eine gewaltfreie Lösung innerstaatlicher Konflikte ermöglichen. Doch das gestaltete sich schwierig. Auch vor der Machtergreifung der Taliban war die politische Situation in Afghanistan instabil.

Verschiedene Militärputsche, gewaltsame Auseinandersetzungen und ein langanhaltender Bürgerkrieg verhinderten die Etablierung grundlegender Rechte und eines funktionsfähigen Staates. Die Bevölkerung hatte kaum Berührungspunkte mit demokratischer Legitimität und Gewaltenteilung. Eine von den NATO-Mächten auferlegte demokratische Staatlichkeit fand somit nie den vollumfänglichen Rückhalt in der afghanischen Gesamtgesellschaft. Das zunehmende Misstrauen und ihr Widerstand gegenüber den ausländischen Truppen wurde auch durch das vermehrte Auftreten des sogenannten Green on Blue, des Angreifens ausländischer durch afghanische Soldat:innen, die eigentlich als Allianz kooperierten, sichtbar.

Ethnische Konflikte

Innerafghanische Konflikte erschwerten zusätzlich die Etablierung des Friedens. Die Paschtun:innen, Tadschik:innen und Usbek:innen bilden die größten Bevölkerungsgruppen in Afghanistan. Besonders Nicht-Paschtun:innen sind dabei immer wieder von struktureller Diskriminierung betroffen. Bei Wahlen, die durch die internationale Allianz ermöglicht wurden, stimmten die Wählenden hauptsächlich für Vertreter:innen der eigenen ethnischen Gruppe. In der von Krieg und zwischenethnischen Konflikten gebeutelten Gesellschaft schien das nötige Vertrauen für eine gesamtstaatliche demokratische Regierung mit der Gewissheit, dass die Inhaber:innen politischer Ämter im Sinne der gesamten Bevölkerung handeln, nicht ausreichend vorhanden zu sein.

Drogenhandel und fehlende Daseinsgrundfunktionen

Die organisierte Kriminalität macht dem Land zu schaffen. Laut dem World Drug Report 2021 der Vereinten Nationen deckte Afghanistan zwischen 2015 und 2020 83% der weltweiten Opium-Produktion ab. Dieser Anteil scheint sich noch zu vergrößern. Im Jahr 2020



wurden die Anbauflächen des Schlafmohns um 37% erweitert. Armut und fehlende wirtschaftliche Perspektiven haben viele Menschen in den ländlichen Gebieten zum Anbau der Droge bewegt. Oft ist es die einzige Möglichkeit, um Geld für die Grundversorgung der Familie zu erwirtschaften. Die UN (World Drug Report 2016) konnten einen Zusammenhang zwischen fehlender Grundversorgung, beispielsweise mit Grundnahrungsmitteln oder Strom, und der Kultivierung von Schlafmohn feststellen. Das BIP Afghanistans basiert zu über 60% auf illegalem Handel, wovon der Drogenhandel den Großteil ausmacht. Die Taliban sind in die Geschäfte eingebunden und finanzieren sich dadurch. Ihre Netzwerke und die wirtschaftliche Abhängigkeit von Teilen der Bevölkerung erschweren die Demokratisierung des Staates und die Etablierung einer zentralen Regierung.

Truppenabzug

Die USA kündigten an am 11. September dieses Jahres ihre

verbleibenden Truppen vom Hindukusch abziehen. Die restlichen internationalen Einheiten schlossen sich ihnen an. Nach 20 Jahren endet somit die Intervention in Afghanistan. Die Milliarden-Summen, die zur Etablierung einer demokratischen Ordnung beitragen sollten, haben dabei zwar keine gänzlich liberale und stabile Demokratie geschaffen, konnten das Leben der Menschen jedoch verbessern. Wahlen wurden ermöglicht, der Zugang zu Bildung – auch für Mädchen und Frauen – gewährleistet und eine neue Generation ist herangewachsen. Doch die Taliban sind auf dem Vormarsch und kontrollieren mittlerweile über die Hälfte des Staatsgebietes. Dort gelten nun wieder die Gesetze der Sharia. Der Kampf um Macht zwischen der Regierung in Kabul und den Taliban geht in die nächste Runde. Die NATO scheint dabei keinen Einfluss mehr nehmen zu wollen. Möglicherweise haben die Taliban erkannt, dass sie Angriffen auf ein NATO-Mitglied nicht gewachsen sind. Die Sicherheit der internationalen Gemeinschaft scheint verteidigt zu sein, stabile demokratische Strukturen wurden jedoch nicht geschaffen. Ihren Hunger nach Macht könnten die Taliban zukünftig erneut innerhalb Afghanistans stillen.

Ohne Worte

mit Prof. Ulrike Guérôt

Von Lilian Sekkai und Judith Reuber



1. Was ist Ihnen aus Ihrem Studierenden-leben im Gedächtnis geblieben?



2. Welches Buch sollte Ihrer Meinung nach jede:r gelesen haben?



3. Sie führen im Podcast „Humans of Europe“ des Democracy Labs Gespräche mit Europäer:innen. Was ist ihnen am Meisten davon im Gedächtnis geblieben?



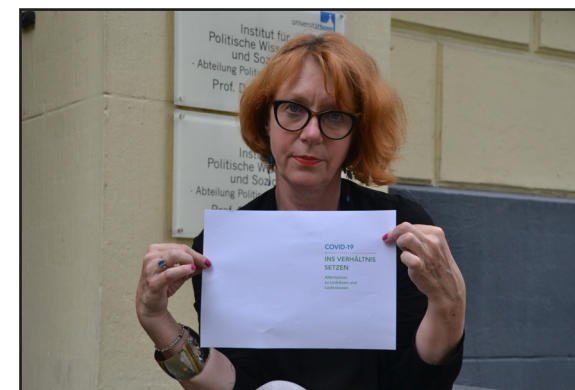
4. Worauf freuen Sie sich in Bonn?



5. Was bereitet Ihnen am meisten Freude bei Ihrer Arbeit?



6. Was machen Sie am liebsten in Ihrer Freizeit?



7. Ihr Gesichtsausdruck, wenn Sie an die Corona-Politik denken?



8. Haben Sie einen Ratschlag an junge Frauen in der Wissenschaft?

Populismus in der Pandemie

Warum schafft es die AfD nicht von der Corona-Krise zu profitieren?

Von **Florian Kommer**

Populistische Parteien sind in aller Regel in Krisen erfolgreich: Die AfD wurde im Verlauf der Eurokrise gegründet und hat ihre Wähler:innenbasis und ihr heutiges Profil vor allem in der Flüchtlingskrise im Herbst 2015 aufgebaut.

Vor diesem Hintergrund überrascht es, dass es die Alternative für Deutschland nicht schafft, aus der Corona-Pandemie ähnlich Kapital zu schlagen: Die Partei wirkt zerstritten, ist medial eher in den Hintergrund getreten und scheint keine klare Position zu finden. So sanken die Umfragewerte der AfD von etwa 15 % vor der Krise auf knappe 10 %: Woran liegt das und was sagt uns das über die Corona-Krise selbst? Und wie zeigt die Corona-Krise, wann populistische Rhetorik funktioniert und wann nicht?

Der Schlingerkurs der Partei in der Krise

Seit der Beginn der Corona-Krise fährt die Partei einen ziemlichen Schlingerkurs: Im Frühjahr 2020 forderte die Bundestags-

fraktion der AfD zunächst stärkere Maßnahmen, Alice Weidel warf der Bundesregierung sogar vor, durch zögerliche Maßnahmen Menschenleben zu gefährden. Im Herbst 2020 änderte die AfD dann aber ihren Kurs grundlegend und stimmte geschlossen gegen das Infektionsschutzgesetz. Alexander Gauland sprach von einer Gesundheitsdiktatur und verschiedene Abgeordnete der Partei sahen das Gesetz als undemokratisch und diktatorisch.

Immer wieder zeigten AfD-Abgeordnete außerdem ihre Nähe zur Querdenken-Bewegung. In den Umfragen befand sich die AfD besonders zu Anfang der Pandemie in einem Tief, zu Beginn der Pandemie hat die Partei ein Drittel ihrer Wähler:innen verloren. Auch medial kann die Partei nicht mehr so präsent sein wie vor der Krise: Das Dauerthema Corona hat die rechte, provozierende Rhetorik der AfD an den Rand gedrängt. Presse macht die Partei nur noch durch innere Streitereien, einen starken Rechtsruck und die teilweise Beobachtung durch den Verfas-

sungsschutz. Auf dem Parteitag im April 2021 schien es so, als ob die Partei Corona so schnell wie möglich hinter sich lassen wolle: Corona spielte nur am Rand eine Rolle, den Parteitag bestimmten klassische AfD-Themen wie eine strengere Flüchtlingspolitik und Kritik an der Europäischen Union. Das zeigt, wie schwer sich die Partei in der Corona-Krise dabei getan hat rhetorisch Fuß zu fassen.

In einer Pandemie funktioniert populistische Rhetorik nicht

Der ausbleibende Erfolg der AfD in der Corona-Krise zeigt wann populistisch Rhetorik funktioniert und wann nicht: Populist:innen können nur dann erfolgreich sein, wenn sie sich als die Lösung einer von ihnen konstruierten Krise darstellen. Diese These vertritt unter anderem der australische Politikwissenschaftler Benjamin Mouffit. Laut Mouffit kann Populismus nur dann erfolgreich sein, wenn man einen ständigen Krisenzustand heraufbeschwört. Diese Krisenrhetorik funktioniert nur,

wenn sich die populistische Partei als Lösung darstelle und die herrschenden Eliten für die Krise verantwortlich machen könne.

Auf die Corona-Krise lässt sich diese populistische Logik nicht anwenden: Es gibt keine einfache, praktische, überzeugende Lösung auf eine globale Gesundheitskrise. Außerdem gibt es kein klares Feindbild: Die Pandemie ist höchstwahrscheinlich nicht direkt menschengemacht, sondern eine Naturkatastrophe. Für eine Krankheit lässt sich also kein Feindbild-Narrativ konstruieren, das überzeugt.

Anders als in der Flüchtlingskrise kann die Partei auch nicht an xenophobe und rassistische Vorurteile anschließen. In der Flüchtlingskrise konnte sich die AfD an die Spitze einer neuen rechten, xenophoben Bewegung setzen, zu der unter anderem PEGIDA gehörte.

Es gab und gibt zwar auch eine Anti-Corona-Bewegung, aber die steht der AfD weniger nahe: Die Querdenker:innen-Szene ist dafür politisch zu heterogen. Die Heterogenität der Bewegung zeigt eine Studie des Schweizer Soziologen Oliver Nachtwey: Laut Nachtwey wählen nur 27 % der befragten Querdenker-Demonstrant:innen die Alterna-

tive für Deutschland. Bei Pegida waren es noch über 77 %.

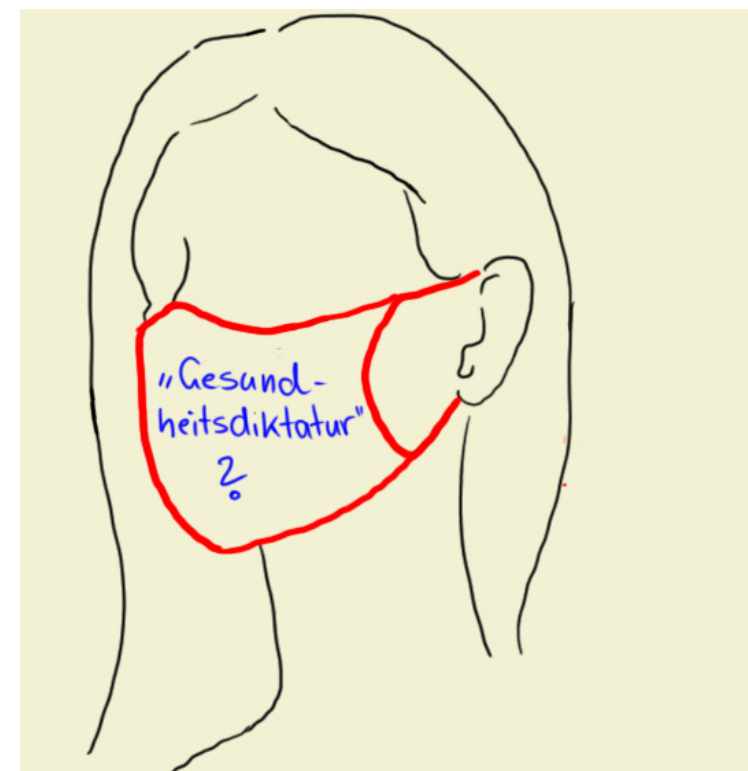
Bei Corona-Protesten marschieren nicht nur Rechte, sondern auch Menschen, die von Verschwörungserzählungen, esoterischen Bewegungen oder Existenzängsten angetrieben werden.

Lehren aus der Pandemie: Die AfD ist mehr als eine Protestpartei

Zusammenfassend zeigt die Corona-Krise also, dass Krisen nicht automatisch populistische Parteien befeuern. Populismus ist kein unvermeidliches Symptom von kriselnden Demokratien, sondern allem voran eine Rhetorik: Durch einen immer wieder neu konstruierten Krisenzu-

stand, ein klares Feindbild und einfache Lösungen werden Menschen angesprochen, die sich sozial benachteiligt fühlen. In der Pandemie funktioniert diese populistische Rhetorik nicht wirklich. Gerade die Medien, aber auch Politiker:innen können aus der Position der AfD in der Corona-Krise eine zentrale Lehre ziehen: Populismus bekämpft man auch, indem man sich nicht auf populistische Rhetorik einlässt und Populist:innen keine Bühne bietet. Gleichzeitig zeigen die Umfragewerte, dass der harte Kern von AfD-Wähler:innen keine Protestwähler:innen sind, sondern verwurzelte rechtsextreme Ansichten haben. Diese Menschen zurück in die Demokratie zu holen und den Einfluss und das Wachsen dieser Gruppe zu verhindern wird eine der

großen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte sein.



Frankreich wählt: nur wen?

In Frankreich stehen kommenden April Präsidentschaftswahlen an. Das Rennen um den Élysée-Palast ist eröffnet.

Von **David Schöngarth**

Wird Emmanuel Macron, der französische Präsident, genauso plötzlich wieder verschwunden sein, wie er gekommen ist? Mit einem geradezu triumphalen Sieg über Marine Le Pen bei den Präsidentschaftswahlen 2017 wurde Macron damals der jüngste Präsident in der Geschichte Frankreichs. Im kommenden April werden die Bürger:innen wieder zur Wahlurne gebeten, Ausgang unbekannt. Eine Analyse der politischen Ausgangslage.

Von Lockdowns, Gelbwesten und unendlichem Charisma

In seinem Wahlkampf machte Macron Versprechungen zu um-

fassenden Reformen, präsentierte sich als mustergültiger Kandidat der Mitte ("Ich bin weder rechts, noch links") und punkte-te vor allem mit seiner Energie und Charisma, die im Vergleich zu den wenig aufregenden Kandidat:innen der etablierten PS oder der Konservativen fast schon ansteckend wirkten. Die Realität holte den Überflieger, Absolvent der Elite-Schule ENA in Straßburg und vor seinem Leben als Präsident bereits Investmentbanker und Minister, ein Jahr nach seiner Wahl 2018 ein, als die sogenannten Gelbwesten gewaltsam gegen den Präsidenten protestieren. Ihm wurde vorgeworfen, ein Präsi-

dent der Reichen zu sein. Seine Zustimmungswerte stürzten auf 23% ab, Macron bemühte sich um Einigkeit und gelobte Besserung. Auch in der Corona-Krise dominiert Macron die Pandemie-Strategie seines Landes, und das nicht nur aufgrund der weitreichenden Kompetenzen und Beschaffenheit seines Amtes als Präsident. Kritiker werfen ihm vor, die Krise für politische Alleingänge zu missbrauchen. Gebeutelt von Corona-Wellen und Lockdowns haben sich Macrons Beliebtheitswerte zuletzt trotzdem nach oben entwickelt: 50% bescheinigen ihm gute Arbeit. Sein Charisma scheint ungebrochen.

Wiederauferstehung der Etablierten

Stellten die Republikaner und Sozialdemokraten mit Sarkozy und Hollande noch die letzten beiden Präsidenten vor Macron, so litten beide Parteien, die zu den traditionell großen und etablierten Parteien Frankreichs zählen, in den vergangenen Jah-

ren stark. 2017 erschütterte eine Veruntreuungsaffäre öffentlicher Gelder die konservativen Republikaner, die Sozialdemokraten bekamen die Auswirkungen ihres ungeliebten Präsidenten Hollandes zu spüren. Bei der Europawahl 2019 sackten beide unter die 10% ab, ein vorläufiger Tiefpunkt. Dennoch ist ihre Bedeutung nicht zu unterschätzen. In den ländlicheren Regionen im zentralen Frankreich haben sie viele Anhänger:innen, und im Falle einer Stichwahl können diese Wähler:innen entscheidend werden. Bei den jüngsten Regionalwahlen konnten beide außerdem einen Achtungserfolg erzielen. Ob ein:e Kandidat:in der PS oder der Republikaner tatsächlich in den Kampf um die Präsidentschaft eingreifen kann, bleibt abzuwarten – ihre Bedeutung sollte trotzdem nicht unterschätzt werden.

Gefahr von Rechts

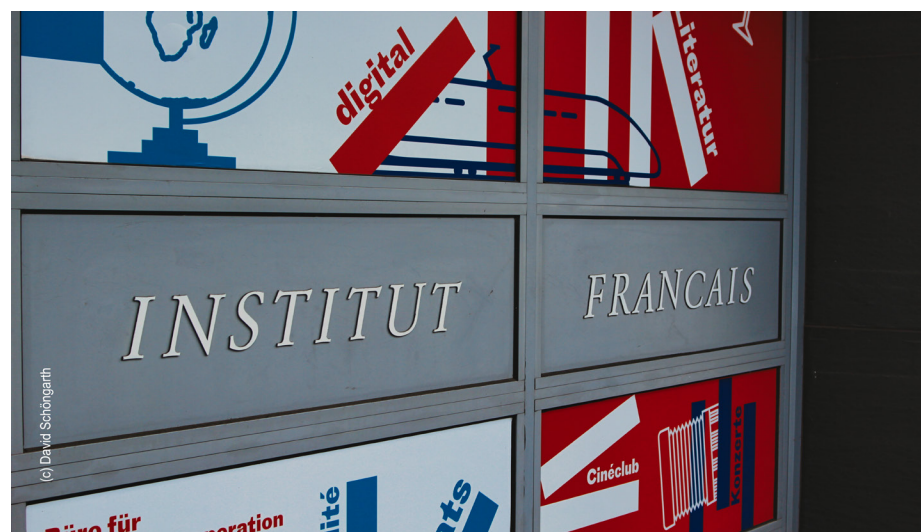
Größte Konkurrentin Macrons wird erneut Marine Le Pen sein, das Gesicht der rechtsextremen Rassemblement National. Es ist ihr dritter Anlauf auf den Élysée-Palast, und wie auch bereits vor vier Jahren liegen ihre Umfragewerte stabil über den aller anderen. Vor allem im inf-

rastrukturellen und ökonomisch schwächeren Norden Frankreichs befinden sich die Hochburgen von Le Pen. Das Sie wie 2017 in die Stichwahl kommt, erscheint stand jetzt wahrscheinlich. In diesem Fall wird es darauf ankommen, wie sich die anderen konservativen Parteien, allen voran die Republikaner, positionieren. Vor vier Jahren hatten Sie sich noch hinter Macron vereint. Doch diese Unterstützung sollte der amtierende Präsident nicht als selbstverständlich erachten.

Ausgang offen

Bei den letzten Regionalwahlen während der Pandemie sank die Wahlbeteiligung auf ein historisches Tief von unter 40%. Die Politiker:innen, vor allem Le Pen und Macron, die bei den Regionalwahlen die größten Verluste hinnehmen mussten, dürften hoffen dass sich diese Werte bis zu Präsidentschaftswahl kommenden April verbessern. Le Pen fordert heraus, wer auch immer sich ihr in ihrem dritten Anlauf in den Weg stellt. Macron wird alles daran setzen, zumindest als zweitstärkster Kandidat ebenfalls in die Stichwahl einzuziehen. Eine inoffizielle Wahlkampf-Tour durch Frankreich hat er bereits begonnen, bei der

er jüngst von einem dem rechten Spektrum zugeordneten Mann geohrfeigt wurde. Sein Ziel ist es, seit Jacques Chirac der erste Präsident zu werden werden, der mehr als eine Amtszeit übersteht. Doch seine Herausforderin geht mit viel Rückenwind in das Duell.



Recht und Pflicht zur Meinungsfreiheit

Warum es gut ist, die Meinung Anderer zuzulassen. Und wir es müssen

Von **Marc Schultheis**

Meinungsfreiheit bedeutet das Recht die eigene Meinung öffentlich äußern und verbreiten zu dürfen. Selbst der Satz, dass mit Corona-Impfungen Microsoft-chips verimpft werden, ist vor dem Grundgesetz eine schutzwürdige Aussage. Ob das Verbreitete unwissentlich oder im Wissen der inhaltlichen Unrichtigkeit geäußert wird, ist dabei belanglos. Das heißt jedoch nicht, dass es damit erlaubt wäre alles zu sagen. Schon der Philosoph Popper erkannte das Toleranz-Paradoxon: Wenn Toleranz alles erlaubt, also auch die Intoleranz, kann diese die Gesellschaft unterwandern und eines Tages die Toleranz abschaffen. Beleidigungen, volksverhetzende Äußerungen

oder Leugnung des Holocausts bleiben im Sinne des Allgemeinwohls daher illegal, da solche Aussagen die Menschenwürde betreffender Personengruppe beschädigen. Gerade im rechten gesellschaftlichen Flügel, der mit seinen Kommentaren oftmals die Grenze zum Verbotenen überschreitet, soll die Meinungsfreiheit als Schutzschild für unwürdige Äußerungen dienen. So Björn Höcke, der seine parteiinternen Gegner:innen „ausschwitzten“ will oder Attila Hildmann, der in der „Coronaplandemie“ eine jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung zu erkennen glaubt. Mit solchen Personen braucht man nicht reden.

Damit wäre alles geklärt. Oder nicht? Das Gefühl zu haben, sich nicht frei äußern zu können, ist besorgniserregend, kann aber scheinbar schnell entkräften werden. Denn: So ziemlich alles darf gesagt werden. Allerdings sollte man mit Konsequenzen rechnen, wenn die Umstehenden ihre Einschätzungen zum Gesagten abgeben (generell lohnt es sich vor dem Reden nachzudenken!). Nichtsdestotrotz wiegt der Fall

schwerer. Wenn das Gefühl überwiegt, dass lediglich oder größtenteils bestimmte Meinungen im öffentlichen Raum eine Lobby haben und Gehör finden, gewissermaßen das Monopol der Deutungshoheit haben, dann hat die Demokratie ein ernsthaftes Problem.

Ausschluss von Meinungen und Argumenten

Generell zeichnet sich ein Trend ab, bei dem es vermehrt zur Vermeidung von Diskursen kommt, indem vorab die rechtstaatlich-legitime Eignung des Diskussionspartners abgesprochen wird. Konservative degradieren in scheinbar jovialer Väterlichkeit progressive Einstellungen zu Luftschlössern einer jungen, realitätsfernen Generation, deren Forderungen unter dem Schlagwort „Verbotskultur“ vereinfacht werden, was die tatsächlich dahinterstehenden Punkte konsequent ignoriert und verfälscht. Von links wird gerne die Frage gestellt, ob man eine nationalsozialistische Gesinnung hege oder zumindest mit diesem oder jenem Argument nicht der AfD

in die Karten spielt. Letzterem musste sich Jan-Josef Liefers mit seiner Aktion Alles dicht machen stellen, da der ironische Unterton wie blanker Hohn wirkte, was von der eigentlichen Kritik, der Alternativlosigkeit der Lockdown-Maßnahmen, ablenkte. Der erwünschte Effekt zum gesellschaftlichen Diskurs blieb aus. Vielmehr wurde im Öffentlichen nicht versucht, die Lebensumstände der betroffenen Künstler:innen nachzuvollziehen oder über alternative Maßnahmen zu debattieren, denn eher die Bewegung als Alliierte der Querdenkenden zu betrachten, wobei es zu Aufrufen zum Cancellen gegen die partizipierenden Schauspieler:innen kam.

Ein Vorgang, welcher sich oft bei emotional aufgeladenen Debatten abspielt. Sicherlich hat Wahrung von Leben und Menschenwürde in der Debatte die höchste Priorität. Doch innerhalb polarisierender Diskurse gibt es nicht nur einen richtigen Pfad. Demokratie bedeutet Dissens. Fragen zur Lebensqualität oder Finanzierung des eigenen Lebensunterhalts müssen in der Debatte um Corona-Maßnahmen wenigstens gestellt werden dürfen (die Aufnahme in die Debatte heißt nicht gleichbedeutend Umsetzung).

Das Dilemma der Cancel Culture

Bei der Cancel Culture werden

bestimmte Debatten, Meinungen oder Personen öffentlich geächtet und gemieden, da diesen der Vorwurf gemacht wird, dass sie, ihre Meinung oder ihr Inhalt minoritätenfeindlich sei. Gecancelten Personen können zudem auch berufliche Konsequenzen drohen. Was durchaus auch eine richtige Reaktion sein kann, wenn es volksverhetzende Kommentare sind. Doch verläuft die Grenze nicht immer klar, zumal erschwerlicherweise auch legitime Aussagen viral derart gecancelt werden, dass die Äußernden übermäßig hart sanktioniert werden. Der Datenwissenschaftler David Shor fasste die Studie eines schwarzen Universitäts-Professors zusammen, die sich mit Unruhen im Jahr 1968 befassten. Gewaltproteste würden demnach die Republikaner stärken, während Demokraten von friedlichen Demonstrationen profitieren. Shors Entlassung folgte prompt, da ihm dies als Kritik an den George-Floyd-Protesten ausgelegt wurde und die Datenanalysefirma um ihre Reputation fürchtete. Ein Ergebnis, das der Identitätspolitik in nichts hilft.

Ein Aufruf zum toleranten Umgang

Meinungsfreiheit gehört wohl nach der Unantastbarkeit der Würde und dem Leben zu den bedeutendsten Grundrechten. Trotzdem trägt diese Einord-

nung, da sich nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten für Staatsbürger:innen aus jener ergeben. Schließlich gilt dieses Recht nicht nur für Eine/n selbst, sondern auch für jede/n anderen. Mit der Konsequenz, dass wir fremde Meinungen nicht verbieten können, sondern, so schwer es auch fällt, akzeptieren müssen, sofern sie im verfassungsmäßigen Rahmen anzusiedeln sind. Denn es ist alles erlaubt zu sagen, was nicht verboten ist. Und nicht umgekehrt. Wir sollten Bürger:innen zutrauen, sich ihre eigenen Meinungen aus den Äußerungen Anderer bilden zu können. Denn es geht nicht darum, jemand anderen unbedingt zu verstehen und dessen/deren Meinung zu lobpreisen. Toleranz bedeutet nicht etwas für Gut zu befinden, sondern in seinem wortwörtlichen Sinne ertragen zu können. Es geht darum, trotz anderer Geisteshaltung die hinter ihrer Meinung stehende Persönlichkeit als Menschen zu respektieren.

Die eigene Sinneshaltung kann durch fremde Gedanken bereichert werden, sofern man sich diesen nicht dogmatisch verschließt. Man sollte sich nicht anmaßen, dass die eigene Einschätzung und Sicht auf die Welt moralisch wertvoller oder gar richtiger sei, als die des Gegenübers. Oder um es mit den Worten des Dichters Tucholskys zu sagen: „Toleranz ist der Verdacht, dass der Andere Recht hat.“



Klassiker wieder gelesen: Gabriel A. Almond und Sidney Verbas “The Civic Culture”.

Wie die Demokratie durch ihre Bürger:innen überfordert werden kann

Von **Dr. Manuel Becker**

Nach einer ersten erfreuten Zusage auf die Anfrage der Fachschaft, einen Dozierendenkommentar zum Thema Demokratie zu verfassen, habe ich lange mit mir gerungen, worüber ich überhaupt schreiben soll: Corona? Das Wahljahr 2021? Oder viel grundsätzlicher: Etwas zur Krise der repräsentativen Demokratie? Zur Herausforderung der Demokratie durch Populismus und Extremismus? Oder gar ein grundsätzliches Loblied auf die Demokratie? All dies wäre mir sicher nicht sonderlich schwergefallen, aber es wäre sicher auf eine Wiederholung von bereits Bekanntem und vielfältig Beschriebenen hinausgelaufen. Da erinnerte ich mich daran, dass es eigentlich eine meiner vornehmsten Aufgaben als Dozent ist, Ihnen als Studierende die Lektüre alter Klassiker nahe zu bringen, die Sie nicht nur in der Kurzzusammenfassung aus der Sekundärliteratur oder gar bei Wikipedia konsumieren sollten, sondern bei denen sich das Lesen im Original empfiehlt. Vor diesem Hintergrund fiel mir in den vergangenen Tagen ein bereits recht zerlesenes Buch aus meiner Studienzeit in die Hände, von dem ich glaube, dass wir ihm interessante Impulse für aktuelle zivilgesellschaftliche Diskurse entnehmen können.

Die Rede ist Sidney Verbas und Gabriel Almonds Standardwerk „**The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations**“ von 1963¹, das Ihnen vielleicht in Ihrem Studium schon einmal begegnet ist und das Sie vermutlich als Pionierstudie der modernen politischen Kulturforschung kennen. Mit diesem Werk ebneten Almond und Verba den Weg für die Forschungstradition der demoskopischen Abfrage von politischen Einstellungen sowie deren empirischer Auswertung. Aber wir verdanken dieser Studie auch grundsätzliche Erkenntnisse qualitativ-interpretatorischer Natur, die keinesfalls überholt sind. Leider scheint manches davon in Vergessenheit geraten zu

sein.

Wieso glaube ich nun, dass dieses Werk für aktuelle Partizipationsdiskurse sehr an-schlussfähig ist? Hierzu ein kurzer Blick in diesbezügliche gegenwärtige Diskurse: „**Mehr Partizipation wagen!**“ So könnte man in Abwandlung der berühmten Parole von Willy Brandt aus seiner Regierungserklärung von 1969 eines der wesentlichen Leitmotive demokratiethoretischer Debatten in den vergangenen Jahren benennen. Sei es im Zusammenhang mit infrastrukturellen Großprojekten wie Stuttgart 21, sei es beim Protest gegen Windräder im Zuge der Energiewende oder sei es die populäre Forderung, bei der Auswahl politischer Spitzenämter mehr Bürger:innen mit einzubeziehen – überall lässt sich die Erwartung nach einer stärkeren Beteiligung der Bürger:innen deutlich herauslesen. Nun würde es sicher zu weit gehen, von einer fundamentalen Krise des klassischen Repräsen-

Was haben sie studiert?

Politische Wissenschaft, Mittlere und Neuere Geschichte, Philosophie

Ihr Dissertationsthema?

Geschichtspolitik in der „Berliner Republik“

Ihre Forschungsschwerpunkte?

Theorie und Praxis der Geschichtspolitik, Vergleichende Diktatur- und Extremismusforschung, Deutsche Zeitgeschichte, Parteien, Parteiensysteme und Wahlen, Bildungs- und Hochschulpolitik

Ihr Lieblingsort in Bonn?

Joggen und Radfahren im Kottenforst

Das Beste am Online Semester?

Ganz ehrlich? Gar nichts...



tativitätspostulats zu sprechen. Dass allerdings die Akzeptanz der repräsentativen Demokratie schwindet, wird man kaum in Abrede stellen können. Markus Linden und Winfried Thaa nennen in diesem Zusammenhang fünf typische Argumentationsmuster, mit denen die These von der Krise der Repräsentation gestützt wird: Die systematische Benachteiligung allgemeiner Interessen und Anliegen, die Disparität bei der Vermittlung und Durchsetzung verschiedener gesellschaftlicher Anliegen, die Privatisierung und Entfremdung von Bürger:innen und Staat, die Unterstellung einer Steuerungskrise sowie die Unterstellung einer Legitimitätskrise². All diese Argumentationsmuster sind im Grunde nicht neu, entfalteten

jedoch im öffentlichen Diskurs seit der Zeit um 2010/2011 herum bis heute einen ganz neuen Impetus.

Selten wurde dabei die Grundfrage thematisiert, ob eine stärker partizipativ orientierte politische Kultur überhaupt zu einer Belebung der Demokratie beitragen vermag und insofern überhaupt als wirksames Gegenmittel gegen die schleichende Akzeptanzkrise wirken kann. Es wurde vielmehr unhinterfragt unterstellt, dass eine aufgeklärte Bürger:innenschaft über mehr Beteiligung gleichsam automatisch heilsam auf den demokratischen Prozess einwirken könne. Und bei solchen unhinterfragten Unterstellungen – auch und gerade, wenn sie einem per-

sönlich sympathisch sind und prima facie wünschenswert erscheinen – sollte der gedankliche Mechanismus des Hinterfragens automatisch einsetzen. Dies ist zumindest bei mir so und dies möchte ich auch Ihnen, liebe Studierende, als intellektuelle Grundhaltung nahelegen. Es bliebe nämlich erst einmal zu klären, ob zivilgesellschaftliches Engagement aus sich heraus zwingend zu einer gemeinwohlorientierteren Demokratie führt. Denn nur dann kann die Frage bejaht werden, ob bürgerschaftliche Partizipation per se ein erstrebenswertes Gut ist, für das politische Anstrengungen unternommen werden sollten und in das finanzielle Mittel investiert werden müssten. Hinter eben diesen Zusammenhang kann

¹ Gabriel A. Almond/Sidney Verba: The Civic Culture, Princeton 1963.

² Vgl. Markus Linden/Winfried Thaa: Krise und Repräsentation, in: Markus Linden/Winfried Thaa (Hrsg.): Krise und Reform politischer Repräsentation, Baden-Baden 2001, S. 11-45.

man mit guten Gründen ein kritisches Fragezeichen setzen.

Hier kommen nun Almond und Verba ins Spiel. Die beiden identifizieren in einem komplexen Verfahren drei Varianten von politischer Kultur in verschiedenen Ländern, das persönliche Orientierungen politischen Objekten zuordnet und welches Sie in Ruhe nachlesen können. Der erste Typus ist die sogenannte **„Parochialkultur“**: In ihr sind die Bürger:innen sehr stark auf einen schmal bemessenen politischen Kontext orientiert, nämlich nur auf ihr engeres Umfeld. Eine auf die Gesamtnation bezogene Kultur ist kaum zu erkennen, die Bürger:innen selbst begreifen sich nur sehr eingeschränkt als politische Individuen. Den zweiten Typus bildet die **„Untertanenkultur“**: In ihr haben die Bürger:innen durchaus einen Bezug zum politischen System, sind aber in erste Linie nur an dessen output interessiert; sie haben keine Motivation bzw. nicht einmal eine Vorstellung davon, partizipativ und eigeninitiativ am politischen Geschehen mit-zuwirken. Schlussendlich bildet die **„partizipative Kultur“** den dritten Typus: In ihr ist die Bevölkerung sehr stark inpu- torientiert. Sie will sich aktiv am politischen Geschehen beteiligen und fordert dies gegenüber dem

politischen System auch ein.³

Hinter dieser Typologie stand vor dem Hintergrund ihres Entstehungskontexts zu Beginn der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Frage danach, welche Form von politischer Kultur am besten gegen faschistische und totalitäre Versuchungen immunisiert. Rein intuitiv würde man vielleicht zunächst argumentieren, dass die partizipative Kultur das beste Korrektiv darstelle und dass nur sie allein die aufklärerisch-moderne Form von zukunftsfähiger Demokratie tragen könne, da nur die partizipative Demokratie die Bürger:innen als rationale und gestaltende Individuen ernst nehme. Es spricht jedoch für die politische Klugheit und Weitsicht von Almond und Verba, dass sie genau diese naheliegende und eben nur auf den ersten Blick schlüssige Antwort ausdrücklich nicht geben. Vielmehr verweisen die beiden auf die Schwierigkeiten und Herausforderungen, die für die Demokratie mit einer partizipativen Kultur verbunden sind: Eine solche Kultur ist nur sehr schwer kompromissfähig und kann den demokratischen Prozess sogar in hohem Maße irritieren und letzten Endes überfordern.

Aus diesem Grund schwebt den beiden Forschern ein ganz an-

ders ausgerichtetes Modell vor. Sie favorisieren als Idealmodell eine Kombination aus allen drei erarbeiteten Idealtypen: die dem Standardwerk den Titel gebende **„civic culture“**.⁴ In dieser Form der politischen Kultur wird das partizipatorische Element mit Subjekt- und Parochialorientierungen kombiniert und damit letzten Endes auch eingeeht. Es ist also gerade nicht das ultimative Partizipationsgebot, sondern eine ausgewogene Mischung aus Beteiligung, Traditionalismus und – man muss es so deutlich sagen – auch einem gesunden Maß an Indifferenz und politischem Desinteresse, welche die beste Grundlage für die Stabilität eines politischen Systems konstituiert. Diese wichtige Beobachtung aus der frühen politischen Kulturforschung ist in hohem Maße anschlussfähig für aktuelle Debatten zur Bürger:innenbeteiligung.

Ein ausgeprägtes bürgerschaftliches Engagement muss nicht per se zu einer Stabilisierung von Demokratie und zu einem Mehr an gesellschaftlichem Zusammenhalt führen. Nun soll die Quintessenz meiner hier vorgetragenen Überlegungen nicht darin bestehen, bürgerschaftliches Engagement, zivilgesellschaftliches Einmischen und den

Ausbau partizipativer Elemente grundsätzlich zu verteufeln. Dies hieße, das berühmte Kind mit dem Bade auszuschütten. Ganz im Gegenteil: Natürlich können von der Leitparole **„Mehr Partizipation wagen“** wertvolle Impulse für die repräsentative Demokratie ausgehen, um der Akzeptanzkrise in Teilen entgegen zu wirken. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Für die Demokratie gilt schließlich auch, dass man nur dann als überzeugte:r Demokrat:in denken und handeln kann, wenn man um die Schwächen der Demokratie, wie beispielsweise die Kurzfristigkeit des Problemlösungsverhaltens, die Anfälligkeit für Populismus, die Unzulänglichkeiten des Mehrheitsprinzips etc. weiß. Und genau so kann vielleicht gerade das Wissen um die Unzulänglichkeiten eines schlichten **„Immer mehr“** an Bürger:innenbeteiligung und eine Sensibilität dafür, dass mehr Partizipation nicht automatisch mehr Demokratie bedeuten muss, gerade dazu führen, dass man dergleichen Elemente klüger, nachhaltiger und gehaltvoller ausgestaltet.

3 Vgl. Verba: The Civic Culture, S. 17-20.

4 Ebd., S. 31-32.

Interview mit CDU- Politikerin Catarina dos Santos

Achtung! Die Fachschaft Politik und Soziologie spricht keine Wahlempfehlungen aus.

Von **Hannah Schmitz**

Alle vier Jahre wählen die Bürgerinnen und Bürger der Länder ihre Kandidaten für die Bundestagswahl. Auch in diesem Jahr ist es wieder soweit. Catarina dos Santos ist die Bundestagskandidatin der CDU für den Wahlkreis Aachen Land.

Erzählen Sie etwas über sich. Wo sind Sie aufgewachsen?

Ich bin in Lissabon geboren und in der Städte Region Aachen aufgewachsen, hier bin ich zur Schule gegangen und lebe noch heute hier in meiner Heimatstadt Eschweiler.

Was haben Sie studiert?

An der Universität zu Köln habe ich Rechtswissenschaften studiert, dann mein Rechtsreferendariat in Aachen – mit Stationen in Köln und Lissabon – absolviert und arbeite aktuell als Rechtsanwältin im Bereich des Steuerrechts.

Sie sind Mitglied im NRW-Landesvorstand der JU und vertreten ihre Heimatstadt Eschweiler im Städteregionstag.

Was hat Sie motiviert, politisch aktiv zu werden?

Ich habe schon immer gerne Dinge hinterfragt und auch gerne diskutiert. Was mich als Kind fasziniert hat – ohne damals die tiefere Bedeutung zu verstehen – war die Einführung des Euros. Dass Länder sich zusammentun, um gemeinsam etwas auf die Beine zu stellen, dieser Gedanke begeistert mich heute immer noch. Für die Kommunalpolitik ist es vor allem, dass man vor Ort Dinge bewegen und besser machen kann.

Haben Sie sich ehrenamtlich engagiert, beziehungsweise machen Sie es noch?

Ich war als Kind und Jugendliche Pfadfinderin und während der Schulzeit viel unterwegs, beispielsweise bei der Schlichtsstelle oder im Schulsanitätsdienst. Das hat mir sehr viel Spaß gemacht. Ansonsten ist die Politik ja auch im Moment noch ein Ehrenamt für mich.

Ist Armin Laschet in Ihren Augen eine gute Wahl für den

Kanzlerkandidaten?

Natürlich ist er das. Ich halte ihn für einen guten Ministerpräsidenten für NRW und bin sicher, dass er sich hier ebenfalls als Kanzlerkandidat empfohlen hat.

Was halten Sie von der Corona-Politik der CDU?

Die Corona-Pandemie und die entsprechend notwendigen Maßnahmen sind ein schwieriges, weitreichendes und bisweilen emotionales Thema, das sich nicht so einfach in einem Satz packen lässt. Die CDU hat in ihrer Verantwortung für unsere Gesellschaft die Entscheidungen getroffen, die getroffen werden mussten, zum Wohle aller.

Warum möchten Sie in den Bundestag?

Im Bundestag werden richtungsweisende Entscheidungen getroffen, mit denen gerade unsere und meine Generation noch lange leben muss. Aber aktuell sind lediglich 3 der 709 Abgeordneten nach 1990 geboren. Ich finde, dass auch meine Generation

bereit sein muss, für diese Entscheidungen mit Verantwortung zu übernehmen. Ich bin bereit dazu.

Was sind Ihre Schwerpunkte für den Wahlkampf? Was möchten Sie verändern?

Meine thematischen Schwerpunkte beziehen sich vor allem auf den Aspekt des “Miteinander”. Ein Miteinander von Generationen, ein Miteinander von Stadt und Land und ein Miteinander von Umwelt und Industrie. So machen wir die Chancen unserer Zeit nutzbar und unser Land fit für die Zukunft.

Welche Koalition wäre Ihres Erachtens von Vorteil?

Ich glaube, dass wir erstmal einen Wahlkampf bestreiten sollten, bevor wir das metaphorische “Bärenfell” verteilen. Alles andere wird sich dann ergeben.

Was sind Ihre Ziele im Bezug auf Studierende? Für welche Themen möchten Sie sich an dieser Stelle einsetzen?

Ich möchte mich für alle jungen Menschen einsetzen – unabhängig von ihrem eingeschlagenen Schul- oder Berufsweg. Jede junge Frau und jeder junge Mann muss die Chance bekommen, ihre und seine Zukunft zu verwirklichen. Gerade die Studie-



renden sind eine Gruppe, an die in den letzten anderthalb Jahren in der Krise zu wenig gedacht wurde. Wir müssen Lösungen dafür finden, auch wieder in einen Regelbetrieb an unseren Universitäten und Hochschulen zu kommen. Die Begegnung und die Diskussion junger Menschen gerade dort in den Schulen und Unis halte ich für unheimlich wichtig – nicht nur für die persönliche Entwicklungen, sondern auch dafür, die besten Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit zu finden.

Was ist, aus Ihrer Sicht, die größte Herausforderung des 21. Jahrhunderts?

Wir leben in einer Zeit, die uns Chancen und Herausforderungen gleichermaßen aufgibt. Das Ziel muss es sein, die Potenziale nutzbar zu machen und vernünftige, durchdachte Lösungen für die Herausforderungen zu finden. Zu diesen Herausforderungen zähle ich für mich ganz

klar den Klimawandel mit den drängenden Themen von Mobilität und Ausgleich. Ein weiteres wichtiges Thema ist der Zusammenhalt unserer Gesellschaft: Extreme Kräfte von verschiedenen Seiten versuchen unsere demokratische, offene, rechtsstaatliche Gesellschaft zu erodieren. Hier werde ich klar für unsere Werte einstehen und meinen Beitrag dazu leisten, Menschen wieder zusammen statt auseinander zu bringen.

Vielen Dank für dieses aufschlussreiche und interessante Interview, Frau dos Santos.

C: Ich danke Ihnen und wünsche Ihnen und Ihren Kommilitoninnen und Kommilitonen alles Gute für die anstehenden Prüfungen und einen schönen Sommer.

Impressum

Das POLITICUM ist die Zeitschrift der Fachschaftsvertretung am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Es erscheint seit 30 Jahren unregelmäßig, aber immer mal wieder.

Die in den einzelnen Artikeln vertretenen Meinungen spiegeln nicht die Ansichten der Redaktion oder die der Fachschaft Politik und Soziologie wider. Die Autor*innen sind für den Inhalt ihrer Beiträge selbst verantwortlich.

Redaktionsanschrift:

Redaktion POLITICUM
Fachschaft Politische Wissenschaft und Soziologie
Am Hofgarten 15
D-53113 Bonn
politicum@fs-sozpol.de
www.fs-sozpol.de

Erschienen:

August 2021

Herausgegeben von:

Fachschaft Politik und Soziologie

Chefredakteurin:

Judith Lea Reuber (V.i.S.d.P)

Redaktion:

Leonie Herz, David Schöngarth, Judith Lea Reuber

Layout:

Judith Lea Reuber

Mit Beiträgen von:

Antonia Knop, Florian Kommer, Alina Kröber, Moritz Lahusen, Edith Peñafiel Brieschke, Marc Schultheis, Lilian Sekkai, Judit Reuber, Hannah Schmitz, Selina Engelberth, Timo Sieg, Leonie Herz, David Schöngarth, Dr. Phillip Adorf, Dr. Manuel Becker, Anna-Lena Kramer, Diana Demisai,

Bilder:

Deckblatt: Judith Lea Reuber, S. 4, S. 25, S. 31: Judith Reuber; S. 4, S. 14, S. 32: David Schöngarth; S. 5: Alina Kröber und Moritz Lahusen, S.6: Victoria Merlo; S. 8, S. 9, S. 28, S. 29: Lilian Sekkai; S. 10, S. 37: Volker Lannert/Uni Bonn; S. 17: Timo Sieg; S. 18-20: privat; S. 23: Antonia Knop; S. 27: Jens Mo/Pixaby; S. 34: Marc Schultheis; S. 41: Ralph Sondermann